

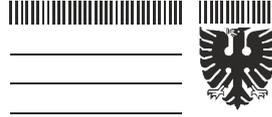
PROTOKOLL EINWOHNERRAT

DATUM UND ZEIT	Montag, 9. Mai 2016, 19.00 Uhr, Grossratssaal
PROTOKOLL NR.	4. Sitzung 2016
ANWESEND	48 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Stadtrates Daniel Roth, Stadtschreiber Jan Hlavica, Stadtbaumeister Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen Matthias Mundwiler, Controller Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege Andreas Burri, Leiter Wirtschaftsfachstelle
ENTSCHULDIGT	Eva Schaffner Wicki, Einwohnerrätin Heinz Suter, Einwohnerrat
VORSITZ	Lelia Hunziker, Präsidentin
PROTOKOLLFÜHRER/-IN	Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber



Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	130
2. Inpflichtnahme von Pascal Benz (FDP) als neues Ratsmitglied (anstelle von Markus Meier)	132
3. Anfragen	
3.1 Christian Schäli: Lichtimmissionsschutz	133
3.2 Esther Belser Gisi: Veloparkplätze am Bahnhof Ost	138
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle von Nathalie Siegenthaler, FDP)	140
5. Jahresbericht 2015 der Einwohnergemeinde Aarau	142
6. WOSA-Motion FDP: Zusätzliches Ziel mit Indikatoren für die Produktgruppen 01, Politische Führung	154
7. WOSA-Motion Grünliberale, SP, Grüne, EVP/EW, Pro Aarau: WOSA-Motion vom 29. Februar 2016 (verschiedene Produktgruppen)	158
8. Reorganisation RPA- Zustimmung zu den neuen Satzungen	183
9. Kreditabrechnung Stadtbach, Sanierung Hammer	185



Traktandum 1

41. Mitteilungen

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur 4. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr. Es ist die 14. Sitzung in der laufenden Legislatur. Das KiFF wird in diesem Jahr 25-jährig, das würde man fast nicht glauben. Am Wochenende vom 27. – 29. Mai findet ein grosses Jubiläumsfest statt. Ich glaube, wir haben alle diese Woche eine Mail von Stefan Berner mit einer Einladung erhalten. Am Freitag, 27. Mai, findet um 17.30 Uhr ein Apéro im KiFF statt. Ich würde mich natürlich sehr freuen, wenn ich möglichst viele von Ihnen dort sehen dürfte. Ich war selber eine langjährige Aktivistin im KiFF und habe lange dort gearbeitet. Ich werde an diesem Wochenende dann sicher im KiFF sein. Wenn Sie gehen möchten, können Sie sich anmelden, wie es in der Mailnachricht steht, damit die Organisatoren den Apéro besser planen können. Ich habe noch eine Mitteilung zur Einwohnerratssitzung vom 22. August 2016 zu machen: Die Sitzung kann nicht hier im Saal stattfinden, da die Decke dann saniert wird. Ich hoffe, sie fällt uns bis dann nicht auf den Kopf. Sehr wahrscheinlich werden wir die Sitzung nicht ausfallen lassen können. Die Verantwortlichen des ZDA haben uns beim letzten Mal, als sie hier gewesen sind, eingeladen, dass der Einwohnerrat auch in ihren Räumlichkeiten einmal eine Sitzung durchführen könnte. Voraussichtlich werden wir deshalb die Sitzung vom 22. August in den Räumlichkeiten des ZDA durchführen. Vielleicht hat dann nicht jeder ein Tischchen vor seinem Stuhl, aber wir schauen, dass es sonst möglichst angenehm ist. Es ist wirklich ein wunderbarer Raum. Nach der Sitzung kann ich dann im schönen Garten der Blumenhalde meinen Einstandsapéro durchführen. So warten wir halt noch ein bisschen darauf, aber er würde dafür an einem wirklich sehr schönen Ort stattfinden. Somit würden wir zur ersten Abstimmung kommen. Diese ist nicht traktandiert, aber ich habe es an der letzten Sitzung bereits angekündigt: Wir möchten darüber abstimmen, ob wir die elektronische Abstimmanlage brauchen werden. Ich schlage vor, dass wir das ein letztes Mal mit den Stimmzählern machen. Wir haben an der letzten Sitzung ja bereits ein Prüfverfahren durchgeführt. Somit können wir jetzt darüber abstimmen, ob wir in Zukunft die elektronische Abstimmanlage benutzen wollen. Mit 44 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen wird dem zugestimmt. Ich darf Daniel Roth als neuen Stadtschreiber recht herzlich bei uns begrüssen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Daniel Roth stellt sich mit eigenen Worten kurz vor.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Budgetprozess sagen: Sehr wahrscheinlich haben die meisten von Ihnen schon mitbekommen, dass es Vorschläge der Verwaltung und des Ratsbüros gibt, wie man den Budgetprozess optimieren könnte. Wir haben das in der FGPK vorgestellt, und anschliessend haben Sie alle eine Mail mit einem Anhang erhalten. Sie sollten das jetzt in den Fraktionen besprechen, sodass wir es in der Präsidialkonferenz vom 30. Mai 2016 dann ebenfalls besprechen und endgültig entscheiden könnten. Ich rufe das einfach noch einmal in Erinnerung. Und nun zur letzten Mitteilung: Ich wage heute Abend etwas. Wir haben wirklich eine extrem befrachtete Traktandenliste. Ich mache ein Preisausschreiben: Wenn wir vor



23.00 Uhr fertig werden, lade ich alle noch im Rathausgarten ein. Wir brauchen also von allen ganz kurze, sachliche Voten. Ich weiss, es ist sportlich, was ich da wage.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.



Traktandum 2

42. Inpflichtnahme von Pascal Benz (FDP) als neues Ratsmitglied (anstelle von Markus Meier)

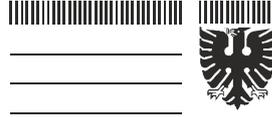
Lelia Hunziker, Präsidentin: In der letzten Sitzung haben wir Markus Meier verabschiedet. Sein Nachfolger hat bereits im Rat Platz genommen. Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Pascal Benz** mit Entscheid vom 22. März 2016 als gewählt erklärt. Er hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Pascal Benz leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: "*Ich gelobe es*".

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich heisse Pascal Benz herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihm eine interessante Zeit.



Traktandum 3
GV 2014 - 2017/201

43. Anfrage Christian Schäli: Lichtimmissionsschutz

Am 14. Dezember 2015 hat Einwohnerrat Christian Schäli (Grüne) eine Anfrage betreffend Lichtimmissionsschutz eingereicht.

Die Anfrage wird wie folgt schriftlich beantwortet:

Einleitung

Die öffentliche Beleuchtung der Stadt Aarau besteht aus gesamthaft 3621 Leuchten (Stand Ende 2015). Davon sind 1839 Natriumdampf-Hochdrucklampen, 677 LED-Leuchten, 675 Leuchtstofflampen, 396 Quecksilberdampf-Hochdrucklampen und 34 Halogen-Metaldampflampen.

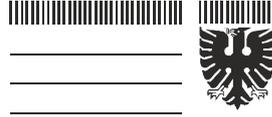
Die öffentliche Beleuchtung wird durch die Einwohnergemeinde erstellt. Nach Fertigstellung geht die Beleuchtung in den Besitz und zum betrieblichen Unterhalt an die IBAarau AG über. Der nötige Unterhalt wird durch die IBAarau AG ausgeführt und der Stadt in Rechnung gestellt. Der Stromverbrauch wird jährlich durch die IBAarau AG der Stadt in Rechnung gestellt.

Quecksilberdampf-Hochdrucklampen dürfen nicht mehr eingesetzt werden und die Produktion wurde deshalb eingestellt. Ersatzteile können deshalb keine mehr eingekauft werden. Die Quecksilberdampf-Hochdrucklampen müssen somit innerhalb von vier Jahren (2015 bis 2018) durch moderne und sparsame LED-Leuchten ersetzt werden.

Frage 1: *Wie hoch sind die Kosten für Strom, Unterhalt und Ersatz für die Beleuchtung in der Stadt?*

Die Kosten für Strom, Unterhalt und Ersatz der Beleuchtung betragen im Jahr 2014 rund 800'000 Franken, davon reine Stromkosten 155'000 Franken. Die definitiven Zahlen für das Jahr 2015 sind noch offen und liegen etwas höher als im Vorjahr. Dazu kommen die zusätzlichen Kosten für den Wechsel der Quecksilberdampf-Hochdrucklampen zu LED-Leuchten von ca. 296'000 Franken im Jahr 2015 (Tranche Investitionskredit 2015 400'000 Franken).

Die IBAarau AG hat im Jahr 2015 den Zuschlag für Förderbeiträge von ProKilowatt (Förderprogramm des Bundesamtes für Energie (BFE) erhalten. Die IBAarau AG kündigte an, die gesprochenen Förderbeiträge vollumfänglich in der öffentlichen Beleuchtung zum Wechseln der Quecksilberdampf-Hochdrucklampen in energieeffiziente LED-Leuchten einzusetzen.

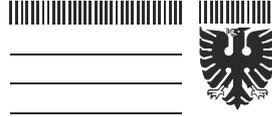


Frage 2: *Wie hoch sind allfällige Einsparungen, die unter Wahrung der gebotenen Sicherheit durch verminderte Beleuchtung und verbesserte Konzepte möglich wären?*

Einsparmöglichkeiten der öffentlichen Beleuchtung wurden zusammen mit der IBAarau AG im Jahr 2012 untersucht. Folgende Einsparpotenziale konnten ausgemacht werden:

- Bei Verzicht auf Eagle Power zugunsten von **Billigstrom** könnten jährlich rund 60'000 Franken eingespart werden.
Wurde nicht umgesetzt.
- Durch die Reduktion der **Einschaltswelle** des Lichtsensors (steuert den Einschalt- und Ausschaltzeitpunkt der öffentlichen Beleuchtung) auf ca. 30 Lux (kaum wahrnehmbar) könnten ohne Investitionen rund 3 % Energie und damit ca. 5'000 Franken eingespart werden.
Konnte aus technischen Gründen nicht umgesetzt werden.
- Mit dem **Ausschalten** aller Beleuchtungen von Erschliessungs- und Quartierstrassen sowie untergeordneten Wegen in den Nachtstunden von 01.00 Uhr bis 05.00 Uhr kann eine Kostenreduktion von rund 30'000 Franken erzielt werden. Hierfür wäre eine einmalige Investition von ca. 200'000 Franken erforderlich.
Wurde nicht umgesetzt.
- Alle **Quecksilberdampf-Hochdrucklampen durch LED-Leuchten** ersetzen würde eine Energieeinsparung von 5 % oder ca. 7'000 Franken pro Jahr bewirken. Für diese Massnahme sind allerdings während vier Jahren Investitionen von ca. 400'000 Franken jährlich nötig.
Wird umgesetzt; Investitionskredit 2015 bis 2018 400'000 Franken pro Jahr.
- Werden die Leuchten mit **Natriumdampf-Hochdrucklampen durch LED-Leuchten** ersetzt, ergeben sich weitere 10 % Energie- bzw. ca. 14'500 Franken Kosteneinsparungen pro Jahr. Diese Massnahme ist mit Investitionskosten von ca. 280'000 Franken pro Jahr während fünf Jahren verbunden.
Wird umgesetzt im Zusammenhang mit Strassensanierungen.
- Bei einer **Absenkung** aller Leuchten in den Nachtstunden zwischen ca. 01.00 Uhr und 05.30 Uhr ergebe sich eine Energieeinsparung von rund 10 % bzw. Stromkostenreduktionen von ca. 14'500 Franken pro Jahr. Diese Massnahme setzt aber während 6 Jahren jährliche Investitionen von ca. 120'000 Franken zusätzlich voraus.
Wird umgesetzt im Zusammenhang mit Ersatz von Natriumdampf- und Quecksilberdampf-Hochdrucklampen.

Energie- bzw. Stromkosteneinsparungen sind möglich, jedoch mit zum Teil grossen Investitionen verbunden. Nicht ohne negative Folgen (Energistadtlabel, Vorbildfunktion, Image etc.) könnte anstelle von Eagle Power Strom Billigstrom eingekauft werden.



Der Stadtrat verfolgt die Strategie, ältere oder stromintensive Anlagen gezielt durch sparsame, unterhaltsfreundliche und absenkbare Systeme zu ersetzen. Dies erfolgt im Zusammenhang mit Tiefbauprojekten, um die Ressourcen zu optimieren. Hinzu kommt der Wechsel von den Quecksilberdampf-Hochdrucklampen zu LED-Leuchten, welche bis im Jahr 2018 abgeschlossen sein sollen.

Zusätzlich werden seit 2014 die Leuchten während der Nacht zwei Mal abgesenkt. Die Absenkung der LED-Leuchten ist folgendermassen eingestellt:

- Einschaltung bis 22.00 Uhr 100 % Lichtstrom
- 22.00 bis 00.00 Uhr 70 % Lichtstrom
- 00.00 bis 05.30 Uhr 50 % Lichtstrom
- 05.30 bis Ausschaltung 100 % Lichtstrom

Die Absenkung von Natriumdampf-Hochdrucklampen >150 W wird folgendermassen gesteuert:

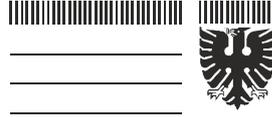
- Einschaltung bis 00.00 Uhr 100 % Lichtstrom
- 00.00 bis 05.30 Uhr ca. 70 % Lichtstrom
- 05.30 bis Ausschaltung 100 % Lichtstrom

Natriumdampf-Hochdrucklampen <150 W werden nicht abgesenkt. Dies würde eine technische Umrüstung bedingen, die wirtschaftlich nicht verhältnismässig ist. Solche Beleuchtungen werden im Zuge von Tiefbauprojekten nach und nach ersetzt.

Frage 3: *Wurde vom Stadtrat eine Verbesserung des Lichtkonzeptes bereits einmal in Erwägung gezogen?*

Im Jahr 2007 hatte der Stadtrat die Erarbeitung eines Plan lumière als strategische Grundlage für Massnahmen gegen die Lichtverschmutzung und zu Gunsten einer höheren Aufenthaltsqualität, höherer Sicherheit und besserer Energieeffizienz beschlossen. Im Lauf der Arbeit wurde ein (inzwischen auch andernorts gebräuchlicher) deutscher Projektname festgelegt: Stadtlicht Aarau. Im Jahr 2011 hat der Stadtrat den Masterplan "Stadtlicht" samt Erläuterungsberichten zur Kenntnis genommen und als provisorisch gutgeheissen. Mit dem provisorischen Masterplan Stadtlicht sollen in den kommenden Jahren Erfahrungen gesammelt werden. Die Überführung der gewachsenen und technisch in die Jahre gekommenen öffentlichen Beleuchtung in das neue "Stadtlicht" kann nur schrittweise über einen längeren Zeitraum erfolgen.

Der provisorische Masterplan soll Grundlage für die Planung von Neuanlagen und bei der Sanierung oder beim Ersatz von bestehenden kommunalen Beleuchtungsanlagen werden. Er soll den Umgang mit funktionalem Licht (Verkehr, Sicherheit) und inszenierendem Licht (Gestaltung, Marketing, Events) im Aussenraum unterscheiden und regeln. Er soll die unterschiedlichen Ansprüche von Gestaltung, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit respektieren. Schliesslich soll er ein verbindliches Ziel bezüglich Energieeffizienz der funktionalen öffentlichen Beleuchtung festlegen.



Die Beleuchtung von privaten, kantonalen, eidgenössischen oder kirchlichen Anlagen und Gebäuden ist von städtischen Festlegungen der öffentlichen Beleuchtung nicht direkt betroffen, sie ist aber baubewilligungspflichtig. Damit besteht die Möglichkeit, bei besonders prägenden Anlagen und Gebäuden die städtischen Ziele im Baubewilligungsverfahren zum Beispiel durch das Hinziehen der Begleitgruppe einzubringen.

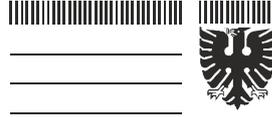
Frage 4: *Ist es möglich, gerade z.B. Werbeleuchten, die keine sicherheitstechnischen Funktionen innehaben, nachts abzuschalten, um die Lichtverschmutzung zu reduzieren?*

Künstliches Licht gehört zu den Einwirkungen i.S.v. Art. 7 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983. Solche Strahlen sind unabhängig von der bestehenden Umweltbelastung im Rahmen der Vorsorge so weit zu begrenzen, als dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist (Art. 11 Abs. 2 USG; Vorsorgeprinzip). Steht fest oder ist zu erwarten, dass die Einwirkungen unter Berücksichtigung der bestehenden Umweltbelastung schädlich oder lästig werden, werden die Emissionsbegrenzungen verschärft (Art. 11 Abs. 3 USG).

Es gibt für Lichtimmissionen weder Immissionsgrenzwerte (zur Beurteilung der Schädlichkeit oder Lästigkeit) noch gelten vorsorgliche Anlagegrenzwerte oder Planungswerte. Die Lichtimmissionen müssen daher im Einzelfall beurteilt werden (Art. 11-14 USG, z.B. im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens oder im Rahmen der Anordnung einer Sanierung nach Art. 16-18 USG). Die Beurteilung erfolgt unter Bezug der Empfehlungen zur Vermeidung von Lichtimmissionen des BUWAL (heute BAFU) aus dem Jahr 2005, der SIA-Norm 491 zur Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen im Aussenraum vom 1. März 2013 sowie genügend abgestützter ausländischer Richtlinien (etwa Richtlinie 150 des Commission International de l'Eclairage aus dem Jahr 2003 oder die "Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen" der deutschen Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft vom 13. September 2012). Auch § 27 Abs. 1 des kantonalen Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (EG Umweltrecht, EG UWR) vom 4. September 2007 gibt vor, dass Beleuchtungsanlagen, die Aussenbereiche erhellen oder Kulturgüter beleuchten, so einzurichten sind, dass sie ausserhalb ihres Bestimmungsbereichs keine störenden Immissionen verursachen. § 27 Abs. 2 EG UWR verbietet dauerhaft in den Nachthimmel emittierende Lichtquellen grundsätzlich, während in Abs. 3 solche Quellen im vorübergehenden Betrieb vom Gemeinderat zugelassen werden können (vgl. auch § 56 V EG UWR).

Im Rahmen der Vorsorge ist also auf Beleuchtung und Lichtemissionen zu verzichten, wenn diese nicht dem Beleuchtungszweck dienen. Zu beleuchten ist nur, was beleuchtet werden muss, wobei die notwendigen Bedürfnisse mit der geringstmöglichen Gesamtlichtmenge und einer präzisen Lichtlenkung abzudecken sind. Evtl. sind Leuchtkörper mit einer Abschirmung zu versehen. Auch die Lichtspektren sind bezüglich ihrer Auswirkungen auf Mensch und Natur anzupassen; anzustreben ist auch eine Synchronisation mit dem Lärmschutz auf das allgemeine Nachtruhefenster.

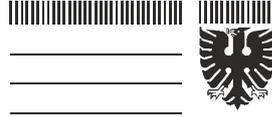
Vgl. auch BGer 1C_602/2012 vom 2. April 2014 betr. Beleuchtung Bahnhof Oberrieden.



Frage 5: Was schlägt der Stadtrat vor, um der Zerstörung der Nachtlandschaft Einhalt zu gebieten?

Wie unter Frage 2 erwähnt, verfolgt der Stadtrat zusammen mit der IBAarau Strom AG die Strategie, laufend Verbesserungen zu realisieren und umzusetzen, um mit dem Einsatz der neusten LED-Technologien der Zerstörung der Nachtlandschaft Einhalt zu bieten. Mit geeigneten Lichttechniken wird erreicht, dass nur die gewünschten Flächen beleuchtet werden. Dies geschieht immer mit Blick auf die Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Insbesondere die nutzlose, direkte Abstrahlung von Licht in Richtung Himmel wird eingeschränkt. Durch die Reduktion von bis zu 50 % Lichtstrom in den verkehrsschwachen Zeiten wird die indirekte Reflektion über die Strasse stark minimiert. Um ein Maximum an Energie und Lichteffizienz zu erreichen, werden derzeit auch Beleuchtungsanlagen getestet, die autonom und dynamisch das Licht nach Bedarf steuern. Der Radweg entlang der Schachenstrasse dient als Versuchsstrecke.

Der **Anfragersteller** ist von dieser Antwort befriedigt.



Traktandum 3
GV 2014 - 2017 / 238

44. Anfrage Esther Belser Gisi: Veloparkplätze am Bahnhof Ost

Am 18. März 2016 hat Einwohnerrätin Esther Belser Gisi eine Anfrage betreffend Veloparkplätze am Bahnhof Ost eingereicht.

Die Anfrage wird wie folgt schriftlich beantwortet:

Einleitende Bemerkung

Der Mangel an Veloabstellmöglichkeiten am Aarauer Bahnhof ist dem Stadtrat durchaus bewusst. Erfreulich ist dabei, dass offensichtlich immer mehr Benutzerinnen und Benutzer des Aarauer Bahnhofs diesen von ihrem Wohnort aus mit dem Velo aufsuchen oder am Bahnhof ein Velo stationiert haben und damit zum Arbeitsplatz fahren. Der Bedarf an Veloabstellplätzen ist daher in den vergangenen Jahren laufend gestiegen. Das entsprechende Angebot an Abstellplätzen hinkt jedoch der Nachfrage immer etwas hinten nach. So sieht sich der Stadtrat mit der Tatsache konfrontiert, dass die mit dem Gestaltungsplan Bahnhof Nord festgehaltene Mindestanforderung an Veloabstellplätzen bereits mit dem Bau der 1. Bauetappe des Bahnhofgebäudes realisiert und heute voll ausgelastet sind. Die in den letzten Jahren zusätzlich, aber lediglich provisorisch angebotenen Veloabstellplätze auf dem Güterplatz müssen der 2. Bauetappe nun weichen. Damit steht fest, dass während der Bauphase ein deutliches Unterangebot vorhanden sein wird und dass nach Abschluss der Bauetappe 2 ein zusätzliches Angebot auf dem Bahnhofplatz Ost bereitgestellt werden muss.

Beantwortung der Fragen

Frage 1: *Bahnhofneubau: Erachtet der Stadtrat die geplanten 50 Veloabstellplätze als genügend? Wie soll der Bedarf der 200 "fehlenden" Parkplätze gedeckt werden?*

Für die definitive Situation nach Fertigstellung der 2. Bahnhofetappe hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, im Bereich Bahnhof Ost ein zusätzliches Angebot von 220 - 250 Abstellplätzen zu prüfen. Für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie hat der Stadtrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Frage 2: *Verschiedene Initiativen (z.B. die am 16. März in Aarau neue gegründete Städteinitiative) versuchen, den Anteil des Veloverkehrs zur Entlastung der Verkehrssituation zu erhöhen. Wird diese Tendenz bei der Planung berücksichtigt?*

Auch der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil des Veloverkehrs zur Entlastung der Verkehrssituation zu erhöhen.



Frage 3: *Bauphase: Während der Bauphase ab April werden die 250 Veloparkplätze im Osten fehlen. Wie viele Parkplätze und an welchen Orten gedenkt der Stadtrat während dieser Zeit anzubieten?*

Während der Bauphase wird man in engem Kontakt mit der Bauherrschaft situativ handeln. Die Abstellplätze im Grossraum des Aarauer Bahnhofs stehen als Ausweichplätze zur Verfügung. Bei Bedarf werden provisorisch zusätzliche Veloabstellplätze angeboten, zurzeit zum Beispiel 50 Veloparkplätze beim Gleis 0.

Frage 4: *Wie wird die Zufahrt zu diesen provisorischen Veloabstellplätzen gelöst? Kann die neu erstellte Lindenhofbrücke wie einmal geplant im Frühjahr 2016 in Betrieb genommen werden?*

Die Lindenhofbrücke kann nach den Sommerferien für den Velo- und Fussgängerverkehr freigegeben werden. Von Osten her gelangt man über die Rohrerstrasse und entlang des Eidg. Zeughauses zur Brücke und weiter Richtung Bahnhof geht es während der Bauzeit auf dem Trottoir entlang der Bahnhofstrasse bis zur Güterstrasse.

Die **Anfragerin** ist von dieser Antwort befriedigt.



Traktandum 4

45. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle von Nathalie Siegenthaler, FDP)

Lelia Hunziker, Präsidentin: Die FDP-Fraktion schlägt **Julia Heuberger** für dieses Amt für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 anstelle von Nathalie Siegenthaler vor. Bei der Wahl wird Einwohnerin Susanne Heuberger, die Mutter von Julia Heuberger, in den Ausstand treten.

Rainer Lüscher: Sie haben den Lebenslauf von Julia Heuberger ja bereits erhalten, aber korrekterweise möchte ich doch einige Sachen daraus vorlesen: "Gerne bewerbe ich mich um das Amt einer Stimmzählerin der Einwohnergemeinde Aarau. Ich interessiere mich schon länger für die Politik und erhoffe mir, als Stimmzählerin einen interessanten Einblick zu bekommen." Julia Heuberger wurde am 17. September 1994 geboren. Sie ist die Tochter von Einwohnerin Susanne Heuberger und ihrem Mann Peter. Julia Heuberger wohnt an der Goldernstrasse 1 in Aarau. Sie hat die Primarschule, die Bezirksschule und die Alte Kantonsschule in Aarau absolviert und studiert seit September 2014 an der Universität Zürich Publizistik und Kommunikationswissenschaften im Hauptfach sowie Geschichte der Neuzeit im Nebenfach. Ihre Hobbies sind Volleyball und Pfadi.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden, erfolgt die schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		47
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		47
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	0
	- ungültige	0
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		<u>47</u>
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden =</i>		47
<i>Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		<u>0</u>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		47
<i>Absolutes Mehr</i>		24
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		



Stimmen haben erhalten:

Julia Heuberger

47

Es ist gewählt:

Julia Heuberger

47

Die Präsidentin gratuliert Julia Heuberger zu ihrer Wahl.



Traktandum 5

GV 2014 - 2017 / 237

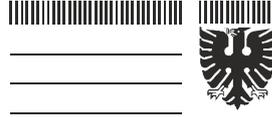
46. Jahresbericht 2015 der Einwohnergemeinde Aarau

Mit Botschaft vom 14. März 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

- Anträge:**
1. *Der Jahresbericht für das Jahr 2015 sei gutzuheissen.*
 2. *Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2015 sei zu genehmigen.*
 3. *Mit dem Jahresbericht 2015 seien folgende Postulate des Einwohnerrates abzuschreiben:*
 - *Postulat Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt (GV 267)*
 - *Postulat Aarau eusi gsund Stadt (GV 189)*
 - *Postulat Einführung einer Schuldenbremse (GV 255)*

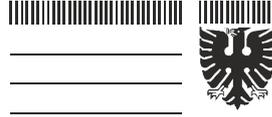
Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei diesem Geschäft herrscht Eintretenspflicht. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Zuerst hören wir das Referat der FGPK. Danach kommen die allgemeinen Stellungnahmen. Anschliessend führen wir die Detaildebatte durch. Nachher hat der Stadtrat das Wort und am Schluss werden wir die Abstimmungen durchführen.

Jürg Schmid, Sprecher der FGPK: An der Sitzung vom Dienstag, 26. April 2016, hat die FGPK den Jahresbericht 2015 der Einwohnergemeinde Aarau behandelt. Als Auskunftspersonen standen zur Verfügung: Frau Jolanda Urech, Stadtpräsidentin, Frau Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Herr Matthias Mundwiler, Controller. Zu Beginn der Sitzung erläuterten die beiden Herren Revisoren Güller und Elmiger von der Firma GRUBER PARTNER den Revisionsbericht und machten ein paar Aussagen zum Abschluss. Die Jahresrechnung für 2015 wird darin als den gesetzlichen Vorschriften entsprechend beurteilt, also für in Ordnung befunden. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich bei den einzelnen Kennzahlen nicht viel verändert: Die Cashflow-Marge liegt nach wie vor im ungenügenden Bereich. Die Nettoinvestitionen steigen im Jahresvergleich weiterhin an. Demgegenüber ist die Selbstfinanzierung rückläufig. Als Konsequenz muss laufend weiter Kredit aufgenommen werden. Positiv werten GRUBER PARTNER die nach wie vor überdurchschnittlich hohe Steuerkraft. Allerdings ist diese unter anderem aufgrund der Steuertarifanpassung im 2015 im Vorjahresvergleich leicht zurückgegangen. Das ist ein Effekt, von dem sämtliche Gemeinden im Kanton Aargau betroffen sind. Das Ergebnis 2015 mit einem Verlust von 4,2 Mio. Franken wird als nicht zufriedenstellend bewertet. Das Ziel des Stadtrates, eine durchschnittliche jährliche Selbstfinanzierung von 20 Mio. Franken ab 2018 und damit ein langfristiges Haushaltsgleichgewicht zu erreichen, wird begrüsst. Die Auskunftspersonen erachteten das Ergebnis der Jahresrechnung 2015 als nicht überraschend. Der Abschluss liegt sehr nahe beim Budget. Einzelne Sparanstrengungen seien bereits ersichtlich. Negativ zu Buche schlägt der deutliche Minderertrag bei den Steuern der natürlichen Personen. Kompensiert werden konnte dies mit dem Ergebnis aus



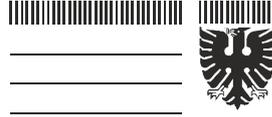
der Finanzierung, welches aufgrund einiger Sonderfaktoren besser als erwartet ausgefallen ist. Um die gesetzten Ziele eines ausgeglichenen Haushaltes im vorgegebenen Zeitrahmen zu erreichen, sind weiterhin grosse Anstrengungen erforderlich. Betreffend den zurzeit in Umsetzung befindlichen Massnahmen aus den Beschlüssen von Stabulo 2 wurde festgehalten, dass diese einen erheblichen internen Zusatzaufwand bedeuten. In der Besprechung des Jahresberichts und der Jahresrechnung durch die FGPK wurden diverse Fragen gestellt und durch die Auskunftspersonen beantwortet. Einige dieser Antworten fasse ich in der Folge gerne zusammen: Die geplanten Massnahmen zur Umsetzung der ESAK-Initiative werden im Rahmen eines damit zusammenhängenden Kreditbegehrens dem Einwohnerrat vorgelegt. Die Definition der Höhe des IBA-Vermögens ist noch nicht erfolgt. Eine allfällige Einflussnahme durch den Einwohnerrat kann u.a. über ein Postulat erfolgen. Bei den Rückerstattungen von Entschädigungen für Verwaltungsratsmandate kam es zu freiwilligen Ablieferungen, was zu Mehrertrag führte. Aus der Kommission wurde bemerkt, dass der Umfang des Rückgangs des Steuerertrages bei privaten Personen sehr nahe am erwähnten Effekt der Tarifierung lag. Wurde dies bei der Budgetierung seinerzeit nicht berücksichtigt? Die Auskunftspersonen erläuterten, dass die Entwicklung des Steuerertrages sehr schwierig vorauszusagen sei. Zum Zeitpunkt der Budgetierung sind die definitiven Zahlen vom Vorjahr noch nicht bekannt und die Entwicklung ebenfalls nicht gesichert. Man stützt sich bei der Budgetierung jeweils auch auf Prognosen vom Kanton und eine erwartete Bevölkerungsentwicklung. Es wurde weiter festgestellt, dass der Veranlagungsgrad im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden konnte und sich dies auch auf den damit zusammenhängenden Steuerertrag aus früheren Veranlagungsperioden positiv ausgewirkt hat. Auf die Frage nach "flexibleren" Anlagen mit dem Ziel, eine höhere Rendite des Anlagefonds zu erzielen, gaben die Auskunftspersonen bekannt, dass die Anlagestrategie des Anlagefonds in einem Reglement festgehalten und eher passiv ausgerichtet ist. Es ist nicht vorgesehen, das Anlagerisiko in der gegenwärtigen Tiefzinsphase durch aktive Wetten zu erhöhen. Die im 2015 erzielte Nettorendite wird als im Vergleich nicht schlecht beurteilt. Bezüglich Optimierung der Ressourcen zur Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern laufen Verhandlungen zwischen Aarau und der Gemeinde Buchs mit dem Ziel, dass die Kreisschule ebenfalls UMA-Klassen schafft. Bezüglich Beschäftigung und Freizeitgestaltung von Asylsuchenden führt die Stadt als Pilotversuch ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem Werkhof durch. Bevor ich auf die konkreten Abstimmresultate in der FGPK eingehe, will ich nicht unterlassen, der Verwaltung für die Ausarbeitung des ausführlichen Jahresberichtes mit Jahresrechnung im Namen der FGPK bestens zu danken. Betreffend der Anträge zu diesem Traktandum des Stadtrates empfiehlt die FGPK dem Einwohnerrat einstimmig, den Jahresbericht für das Jahr 2015 gutzuheissen und ebenfalls einstimmig, die Rechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2015 zu genehmigen. Mit Stichtscheid des Präsidenten empfiehlt sie bei 5 gegen 5 Stimmen, das Postulat "Für eine legendige und lebenswerte Altstadt" nicht abzuschreiben. In der Auffassung der antragablehrenden Mitglieder sind die Anforderungen aus dem Postulat noch nicht vollumfänglich erfüllt. Dann empfiehlt die FGPK wiederum einstimmig, den Antrag auf Abschreibung des Postulats "Aarau eusi gesund Stadt" zu unterstützen und mit 7 gegen 3 Stimmen wird auch der Abschreibung des Postulats "Einführung einer Schuldenbremse" stattgegeben.

Ulrich Fischer: Pro Aarau, GLP und EVP möchten den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der Eigenwirtschaftsbetriebe an den Anfang stellen. Das Rechnungsjahr 2015 war nicht nur für den Einwohnerrat aufwändig. Die Erarbeitung und Umsetzung von Stabulo 2 sowie die Überarbeitung des Budgets 2016 unter Zeitdruck nach der Ablehnung des stadträtlichen Vorschlages war mit viel Arbeit verbunden. Auch dem Stadtrat als Exekutive gilt an dieser Stelle unser Dank. Last but not least sei auch erwähnt, dass der Jahresbericht wiederum redaktio-



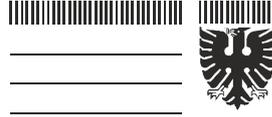
nell gut überarbeitet und lesbar ist. Es ist nicht sinnvoll, die Jahresrechnung gesamthaft zu repletieren und es gibt eine Zielprämie für kurze Voten, aber ich möchte drei Themen kurz herausgreifen, nämlich den Steuerertrag, die Schuldensituation sowie das Kostenbewusstsein der Verwaltung. Wir haben im Einwohnerrat um die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben gerungen, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Dabei wurden sowohl Steuererhöhungen gefordert, aber auch deutliche Kosteneinsparungen. Mitte-Links hat sich mit den Forderungen nach grösseren Steuererhöhungen nicht durchsetzen können. Deshalb ist es sinnvoll, auch anhand der Rechnung zu überprüfen, ob unsere Prämissen korrekt waren. Ein wesentliches Argument, eine grössere Steuererhöhung abzulehnen, war ja der hohe Steuerertrag in der Stadt Aarau, denn deshalb würde sich eine Steuererhöhung eigentlich gar nicht aufdrängen. Sie haben alle den Bericht von GRUBER PARTNER gelesen. 2014 nahm der Steuerertrag der natürlichen Personen in Aarau um 4,8 % ab, 2015 um 2,1 %. Zusammen sind das 6,9 %. Man muss ehrlich sagen, dass das mit einer Steuererhöhung von 3 % gar nicht kompensiert worden ist. Es muss angenommen werden, dass sich diese Entwicklung fortsetzt, da die Rahmenbedingungen ja gleich geblieben sind: niedrige Hypothekarzinsen erlauben Investitionen in den Werterhalt von Liegenschaften, sinkende Umwandlungsätze der Pensionskassen lassen sich nur mit zusätzlichen Einkäufen ausgleichen und die Wirkungen der Unternehmenssteuerreform II sind vor allem bei höheren Einkommen deutlich. Die Erhöhung des Steuerfusses um 3 % im Budget 2016 kompensiert das gar nicht. Wenn wir bis ins Jahr 2020 so viel wie bisher investieren, werden sich Finanzierungsfehlbeträge bis 48 Millionen Franken aufstauen. Ich darf daran erinnern, dass sich alle Parteien im Einwohnerrat für eine ausreichende Selbstfinanzierung ab 2018 ausgesprochen haben. Ich frage mich, wie man das erreichen will. Zur Entwicklung der Schuldensituation: Im abgeschlossenen Jahr 2015 betragen die kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten 3360 Franken pro Einwohner. Sie haben sich somit in den letzten drei Jahren verdoppelt und liegen jetzt bei knapp 70 Millionen Franken. Die rekordtiefe Verzinsung der Schulden von unter 0,5 % verführt zu weiteren Kreditaufnahmen. Damit wird der Blick auf die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Budgets verstellt. Schulden bleiben Schulden, auch wenn die aktuelle Verzinsung niedrig ist. Finanzwirtschaftliche Prozesse verlaufen zyklisch. Man kann mit grosser Sicherheit voraussagen, dass es auch wieder Zeiten geben wird, in welcher hohe Schuldzinsen notwendig sein werden. Wenn der Finanzertrag der Stadt Aarau, welcher jetzt das Budget entlastet, für den Schuldendienst gebraucht wird, hätte das grosse Effekte wiederum auf die Steuerbelastung der Einwohner. Unsere Fraktion möchte eine solche Entwicklung frühzeitig erkennen und auch verhindern. Das letzte Thema war Sparen: Sparen kann man nur im beeinflussbaren Nettoaufwand. Wir finden, dass das erfolgt ist. Man kann dem Stadtrat und der Verwaltung also keinen Schlendrian im Kostenbereich vorwerfen. Der beeinflussbare Nettoaufwand hat sich zwar 2015 erhöht, liegt aber mit 4,9 % deutlich unter den budgetierten Zahlen. Das ist in unseren Augen Ausdruck eines deutlichen Kostenbewusstseins und eines Sparwillens im Stadtrat und in der Verwaltung. Unsere Fraktion wird den Jahresbericht und die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2015 gutheissen und genehmigen. Wir werden zum Postulat "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt" gesondert Stellung nehmen und unterstützen eine Abschreibung der beiden anderen Postulate.

Peter Roschi: Auch wir bedanken uns herzlich für diese informative und gut dargestellte Jahresrechnung und den Jahresbericht 2015. Gleich am Anfang noch eine kleine Ergänzung: Wenn Sie auf der Seite 152 schauen, dann ist dort Lukas Eisenring beim Wahlbüro als Mitglied der Fraktion EVP/EW aufgeführt. Aktuell ist er aber immer noch Mitglied der CVP, und soviel ich weiss und gehört habe, hat er kein Beitritts-gesuch bei der EVP/EW gestellt. Zuhanden des Protokolls möchte ich einfach mitteilen, dass Lukas Eisenring weiterhin Mitglied der CVP ist. Nun erlaube ich mir,

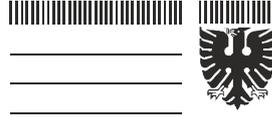


noch vier Bemerkungen zur Rechnung zu machen. 1. Steuern: Die Stadt Aarau, und das habe ich heute noch nachgeschaut, gehört zu den 10 Top Städten und Gemeinden im Kanton Aargau, was die Steuereinnahmen pro Person betrifft. Diese betragen rund 3'600 Franken. Damit ist Aarau unter den ersten zehn im Kanton Aargau. Hier von einem Einnahmenproblem zu sprechen, ist aus unserer Sicht absolut fehl am Platz. 2. Investitionen: Jeder Franken, welchen wir investieren, belastet unser Budget mit 2,8 Rappen während 35 Jahren. Hier gilt es Mass zu halten und das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen. 3. Betriebskosten und Investitionen: Das wahre Problem liegt nicht bei den Investitionen, denn diese könnten wir eigentlich schon tragen, sondern schlicht und einfach bei den Betriebskosten. Oftmals wird nach dem Moto budgetiert: "Wir geben einmal 100 Stellenprozente ein, obwohl wir wissen, dass es 200 % bräuchte. Der Einwohnerrat ändert sich ja dann auch wieder etwas und dann werden wir in 5 bis 6 Jahren den Unterhalt bzw. die Betriebskosten schrittweise erhöhen, sodass es niemand merkt, wie wenn es alles auf einmal wäre." Das ist schlichtweg nicht gut. Wir erwarten, dass in Zukunft die Vorlagen mit den tatsächlichen Betriebskosten vorgelegt werden. Wir denken da z. B. an das Fussballstadion oder die Alte Reithalle. Es kann nicht angehen, dass man dort sagt, man gehe ein wenig mit den Prozentzahlen zurück, schaue dann, dass es politisch bewilligt werde und erhöhe das dann wieder. 4. Vermögensverzehr: Eine weitere Reduktion des Vermögens führt zu Mindereinnahmen, welche dann schlussendlich auch wieder auf irgendeine Art kompensiert werden müssen. Der Stadtrat ist aufgefordert, die Massnahmen aus Stabilo 1 und 2 konsequent umzusetzen und weitere Sparbemühungen in Angriff zu nehmen, ohne einzelne Positionen auszuklammern. Ich möchte daran erinnern, dass im März vom letzten Jahr hier im Einwohnerrat eine Anfrage der SP zur Umsetzung von Stabilo 1 eingereicht worden ist. Dabei wurde gefragt, wie weit man mit der Bewirtschaftung der Parkplätze in der Stadt Aarau sei. Die Antwort war, dass noch eine Vorlage vor den Sommerferien kommen werde. Wahrscheinlich sind die Sommerferien 2016 gemeint gewesen. Ich bin gespannt darauf, um welche Sommerferien es sich da handelt und wann die Vorlage betr. Parkplatzbewirtschaftung dann tatsächlich kommt. Und nun zum Schluss: Bei grösseren Investitionen, von denen die ganze Region profitieren kann, ist es zwingend notwendig, dass sich die Region auch angemessen beteiligt. Es kann z. B. bei der Alten Reithalle nicht sein, dass die ganze Region davon profitiert und niemand aus der Region bereit ist, auch nur einen Rappen daran zu zahlen. Den Beitrag, welchen jetzt die AKB in Aussicht gestellt hat, begrüßen wir sehr. Die Stadt soll sich vermehrt dafür einsetzen, dass man zu solchen Sachen kommt, seien das Legate, Schenkungen oder Sponsorenbeiträge, und zwar auch im Hinblick auf das Fussballstadion. Zu den Abschreibungen der Motionen werden wir dann noch gesondert Stellung nehmen.

Gabriela Suter: Die SP-Fraktion hat sich auch eingehend mit dem Jahresbericht und der Rechnung 2015 befasst und heisst beide einstimmig gut. Wir bedanken uns bei dieser Gelegenheit bei allen Beteiligten für die gute und umfassende Arbeit, welche hier geleistet worden ist. Die Wirkung der Stabilo-Massnahmen zeigt sich jetzt bereits in der Rechnung 2015, aber auch im Jahresbericht. Viele Projekte sind wegen der Sparbemühungen verschoben und mehrere Jahresziele nicht erreicht worden, weil die nötigen Ressourcen fehlten, z. B. bei den Bereichen Energie, Kultur und Bildung. Es zeigt sich, dass die Sparbemühungen tatsächlich zu direktem Leistungsabbau führen. Trotz der Sparerei hat die Stadt immer noch einen zu tiefen Selbstfinanzierungsgrad und ein negatives operatives Ergebnis, was wir sehr bedauern. Es zeichnet sich also jetzt schon deutlich ab, dass die Steuerfusserhöhung um 3 % auf 97 % leider nicht ausreichen wird, um längerfristig wirklich ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Die Rechnung 2015 zeigt auf, dass die Sparbemühungen der Stadt greifen und dass die Stadt kein Problem auf der Aufwandseite hat, auch



wenn wir das jetzt dann wahrscheinlich bald mantraartig wieder von bürgerlichen Vertreterinnen und Vertretern hier im Rat zu hören bekommen. Der beeinflussbare Nettoaufwand, und das wurde vorhin bereits gesagt, lag im letzten Jahr mehr als 2 Mio. Franken unter dem Budget. In Prozenten ausgedrückt sind das fast 5 %. Wir haben also bei dem, was wir direkt beeinflussen konnten, fast 5 % weniger ausgegeben, als wir budgetiert haben. Dass wir keinen bzw. nur indirekten Einfluss auf die Ausgaben bei den gesetzlichen Beiträgen und der gesetzlichen Sozialhilfe haben, ist ja bereits bekannt. Schauen wir einmal bei der Einnahmenseite: Jürg Schmid und Ulrich Fischer haben es bereits erwähnt, dass es erschreckend ist, dass die Steuererträge bei den natürlichen Personen so deutlich abgenommen haben. 3 Mio. Franken weniger als budgetiert sind ein rechter Brocken. Sie alle haben sich bestimmt nach dem Grund dafür gefragt. Ich kann es jetzt noch einmal ganz knapp zusammenfassen: Das sind jetzt die direkten Auswirkungen der kantonalen Steuersenkungspolitik, welche wir als Gemeinde sehen, merken und zu spüren bekommen. Konkret geht es hier um die Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes von 2012, welche 2014 und 2015 umgesetzt worden ist und total zu 6,9 % Mindereinnahmen bei den Steuererträgen der natürlichen Personen geführt hat. Das müssen wir jetzt direkt ausbaden. Ich hoffe sehr stark, dass die kantonale Steuersenkungspolitik da jetzt einmal aufhört und wir Gegensteuer geben können. Ich habe noch ein paar Bemerkungen zu den Produktgruppen. 1. Allgemeines: Eine der Stabilisierungsmaßnahmen ist ja, dass bei einer neu zu besetzenden Stelle ein Monat zugewartet wird, bevor man die Stelle wieder mit einer neuen Person besetzt. Uns ist sehr wichtig, dass diese Übergangsfrist ja nicht zu Lasten des bestehenden Personals gehen darf. Wir erwarten wirklich vom Stadtrat, dass er seine Rolle als verantwortungsvollen Arbeitgeber wahrnimmt und bei hohen Arbeitsbelastungen in einer Abteilung auf diese Übergangsfrist verzichtet wird. 2. PG 21, Stadtmuseum: Das Stadtmuseum ist ja sensationell gut gestartet. Mehr als doppelt so viele Besucherinnen und Besucher als erwartet haben das Museum im Eröffnungsjahr besucht. Entsprechend haben sich auch die Nettokosten pro Besucher halbiert. Das ist sehr positiv. Dass das Museum so grossen Anklang findet, macht uns grosse Freude. Wir hoffen, dass nun so weitergefahren werden kann und dem Museum keine Spargnippel zwischen die Beine geworfen werden. Auffallend sind aber auch die hohen Energiekosten beim neuen Stadtmuseum. Das konnte letztthin auch in der Zeitung gelesen werden. Die Energiekosten sind doppelt so hoch als budgetiert. Das darf sicher nicht zu Lasten des Betriebs gehen. Hier muss im Budget 2017 ein deutlich höherer Betrag eingestellt werden. Es muss sicher auch überprüft werden, ob es Optimierungsmöglichkeiten gäbe, um den Energieverbrauch des Stadtmuseums zu senken. Noch zwei Sachen zur Investitionsrechnung: Einerseits hat uns erstaunt, wie hoch der noch nicht eingesetzte, aber bewilligte Betrag für Organisation und Informatik ist. Zudem bedauern wir sehr, dass die Planung der FuSTA Gönhard aus Spargründen bis 2025 verschoben worden ist. Es ist eigentlich ein Provisorium. 2007 hat der Einwohnerrat einen kleinen Kredit für das Provisorium bewilligt. Es ist also seit 9 Jahren ein Provisorium. Nun soll es noch einmal 9 Jahre gehen, bis man da ein Definitivum hat. Das ist doch irgendwie seltsam. 2009 ist in der Abstimmungszeitung versprochen worden, dass man eine definitive Lösung suche, wenn dann alle Bildungsreformen des Kantons durchgeführt seien. Das ist jetzt leider immer noch nicht umgesetzt. Die Reformen sind aber umgesetzt, die Sechstklässler sind jetzt noch in der Primarschule, die Platzprobleme werden akuter und man findet keine Lösung. Das kann es irgendwie nicht sein. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Suche nach einem definitiven Standort schon bald wieder aufnimmt und dies auch entsprechend in der Investitionsrechnung abbilden wird. Dann noch zu den hängigen Postulaten: Ich habe noch eine Frage zum Postulat "Verkehrskommiss-



sion". Dieses Postulat ist im August 2015 überwiesen worden. Der Stadtrat wollte das eigentlich nicht entgegennehmen, musste es dann aber. Wie ist da der Stand? Ist das eine "Postulatleiche", welche da herumliegt, oder wird mit dem Postulat irgendetwas gemacht? Das würde uns interessieren. Schliesslich noch zur Abschreibung der drei Postulate: Die SP-Fraktion ist einstimmig gegen die Abschreibung des Postulats "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt". Zwar sind alle Nebenpunkte des Postulats erfüllt worden, aber das Kernanliegen ist eben noch nicht erfüllt. Fünfmal im Jahr sollen Kulturschaffende die Gelegenheit erhalten, wirklich etwas in der Altstadt durchführen zu können, das auch rentiert. Entsprechend müssten die Zeiten, in welchen man Musik spielen könnte, etwas verlängert werden. Bis heute, also auch nach Einreichung und Überweisung des Postulats, sind es immer noch dieselben Zeiten. Bis sich das nicht ändert, werden wir an diesem Postulat festhalten und es nicht abschreiben. Die Abschreibung der anderen beiden Postulate werden wir hingegen einstimmig unterstützen.

Martina Suter: Vorab möchten auch wir uns recht herzlich bei der Verwaltung für diesen ausführlichen Jahresbericht bedanken. Wir hätten auch in diesem Jahr dieselbe Bitte: Wir wären froh, wenn es auch möglich wäre, eine dreiteilige Unterteilung zu machen, v.a. in gewichtigen Produktgruppen. Manchmal ist es nicht so einfach, noch alles nachzuvollziehen, was darin enthalten ist. Über das Rechnungsergebnis gibt es nicht allzu viel zu sagen. Es weicht ja nur wenig von dem ab, was erwartet worden ist. Über die unbefriedigende Situation des Aarauer Finanzhaushalts haben wir uns im Rahmen der Budgetdebatte 2016 ausgiebig geäussert. Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand auf der Ausgabenseite steht für uns in keinem Verhältnis zur Einnahmeseite. Wir haben in dieser Zeit ein Zugeständnis für eine leichte Steuerfusserhöhung ab diesem Jahr gemacht, wobei wir klar betont haben, dass es am Steuerfuss somit für eine Weile nichts mehr zu schrauben gibt. Diese Haltung wird unserer Meinung durch das neuste Städteranking der Zeitschrift Bilanz bestärkt, bei welchem Aarau erfreulicherweise auf Platz 6 vorgerückt ist. Wenn es nämlich auch um die Attraktivität einer Stadt geht, fällt die Steuersituation stark ins Gewicht. Wenn ich aber nochmals kurz auf die Rechnung zurückkommen darf, dann sticht vor allem die mit 2014 verglichene Erhöhung der Ausgabenseite ins Auge. Man erwartet, dass die Stabilo-Massnahmen rasch umgesetzt werden und laufend nach zusätzlichen Reduktionen auf der Aufwandseite gesucht wird, und zwar in allen Abteilungen. In diesem Zusammenhang ist aufgefallen, dass auf Seite 9 beim Thema Wirtschaft festgehalten wird, dass Stabilo 2 abgeschlossen sei. Aus unserer Sicht muss es eine Daueraufgabe der Führung sein oder werden, sich für effiziente und effektive Lösungen einzusetzen und nicht wie z. B. in der Laurenzenvorstadt vorgemacht wird, Infrastrukturprojekte im höchsten Standard umzusetzen, ohne einen adäquaten Mehrwert für die Bevölkerung zu generieren. Auch uns hat der starke Rückgang Steuereinnahmen sehr zu denken gegeben. Begründungen dafür gibt es offensichtlich verschiedene. Einige haben wir bereits gehört. Aus unserer Sicht kann dieser Trend nur gebrochen oder aufgehalten werden, wenn Aarau alles daran setzt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner in Aarau behalten oder angezogen werden können, welche 1. noch Steuern bezahlen und 2. dies mit möglichst grossen Beträgen. Das Gleiche gilt für Firmen. Aus diesem Grund ist für uns unverständlich, dass beim nächsten Traktandum, nämlich unserer WOSA-Motion bezüglich Wirtschaftsförderung, der Begriff "wertschöpfungsintensiv" gestrichen werden soll. Es scheint, dass trotz der Budgetdebatte bei der Ratslinken immer noch nicht angekommen ist, dass Aarau nur so viel ausgeben kann, wie eingenommen wird. Wir wollen beispiels-



weise keine Unternehmungen, welche nur die Infrastruktur von Aarau nutzen, aber keine Steuern bezahlen. Mehr dazu wird Danièle Zatti Kuhn nachher bei der WOSA-Motion sagen.

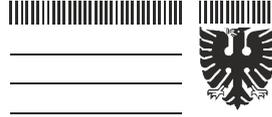
Jürg Schmid: Wir bedanken uns ebenfalls bestens bei allen involvierten Stellen für die Erstellung des umfassenden Berichts. Mit einem ausgewiesenen operativen Verlust von 4,2 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2015 um 1,7 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Da könnte man sich zurücklehnen und sagen: besser als erwartet, Auftrag somit erfüllt. Aber ein Verlust ist nun mal ein Verlust und von daher eigentlich gar nicht erstrebenswert. Die Tatsache, dass erst diverse ausserordentliche und somit zufällige Ereignisse auf der Ertragsseite zum erzielten Resultat führten, macht uns nachdenklich. Mit diesen ausserordentlichen Erträgen konnte sogar der um 3 Mio. Franken verfehlt Steuerertrag mehr als kompensiert werden. Aber Vorsicht, die höhere Dividende der IBA, welche im 2015 ausbezahlt wurde, erfährt beispielsweise im 2016 bereits wieder eine markante Kürzung. Entsprechend schmälern sich die Aussichten auf solche, unerwarteten Einkünfte für das aktuelle Jahr erheblich. Es ist sicher jeder und jedem hier im Saal bewusst, dass wir uns nicht auf Zufälle verlassen können und entsprechend an den beeinflussbaren Elementen gearbeitet werden muss. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit zeigt es klar auf: Die Stadt Aarau hat ein strukturelles Defizit. 2014 belief sich dieses auf 14,5 Mio. Franken, für 2015 werden bereits minus 19,1 Mio. Franken ausgewiesen. Ohne Finanzerträge - und viele Gemeinden müssen ohne diese auskommen - erwirtschaftet Aarau selbst mit der erwiesenermassen überdurchschnittlichen Steuerkraft Jahr für Jahr ein grosses Defizit. Dies zeigt klar auf, dass die Stadt nach wie vor auf sehr grossem Fuss lebt. Dies zu korrigieren war unserer Ansicht nach eines der Hauptmotive für die Stabulo-Initiativen. Doch dürfte es auch nach Umsetzung der beschlossenen, noch ausstehenden Massnahmen aus Stabulo 1 und 2 nicht ausreichen, um auch betrieblich ein ausgeglichenes Niveau zu erreichen. Ich hätte es ja nicht geglaubt, dass mir heute Abend für einmal die CVP die Pointe stiehlt oder vorwegnimmt, aber uns helfen die in Aussicht gestellten Sponsoringbeiträge an grössere, bevorstehende Investitionen an Kulturstätten nicht viel. Die grosse Herausforderung bei Kulturinvestitionen bilden erfahrungsgemäss nicht die Anfangsinvestitionen, sondern die folgenden, Jahr für Jahr zu deckenden, laufenden Kosten, die der öffentliche Haushalt tragen muss. So belasten beispielsweise im 2015 das KUK den Stadthaushalt mit 2,2 Mio. Franken, das Stadtmuseum mit 2,85 Mio. Franken, die Stadtbibliothek mit 1,6 Mio. Franken und dies jährlich wiederkehrend. Wenn uns ein Sponsor schon einen Gefallen machen will, soll er doch bitte die laufenden, jährlich anfallenden Kosten beispielsweise für die Reithalle übernehmen. Oder noch besser, der Stadtrat findet auch Sponsoren für den Unterhalt vom KUK oder des Stadtmuseums. Die SVP-Fraktion nimmt den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2015 der Stadt Aarau zur Kenntnis und unterstützt die stadträtlichen Anträge mit Ausnahme des Antrages zum Postulat Schuldenbremse. Da sind wir selbstverständlich gegen eine Abschreibung. Um den Finanzhaushalt ins Lot zu bringen, brauchen wir diverse disziplinierende Mechanismen. Die Schuldenbremse hat sich dafür auf diversen politischen Ebenen bereits bewährt und soll entsprechend auch Aarau helfen.

Markus Hutmacher: Ich lasse von meinem Votum einiges weg, was Ulrich Fischer und Gabriela Suter schon gesagt haben und ich, was Sie sicher nicht überrascht, auch teile. Ich möchte vor allem eigentlich noch auf zwei Aspekte eingehen. Ich sehe das Problem schon nicht ganz so, dass wir nur ein Ausgabenproblem in Aarau hätten. Ich komme aber nun zu den Jahreszielen. Bei der Frage nach dem Stand des Jahresziels "Höhe des IBA-Vermögens", das diese Stadt längerfristig

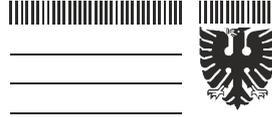


erhalten will, wurde uns gesagt, dass diese Definition bis jetzt nur indirekt beschlossen sei. Das zeigt sich da schon, dass hier etwas im Argen liegt. Dieses Jahresziel wäre von uns aus gesehen finanzpolitisch sehr wichtig, weil es dazu führen würde, dass wir uns klarer und verbindlicher festlegen, in welche Richtung es mit den städtischen Finanzen gehen solle. Solange wir uns, und mit uns verstehe ich sowohl Stadtrat wie auch Einwohnerrat, hier nicht festlegen, können wir bei der Budgetierung weiterhin bequem in die Taschen lügen, denn im schlimmsten Fall haben wir ja noch immer das IBA-Vermögen, um gewisse Ausgleichsmassnahmen vorzunehmen. Interessanterweise war der Konsens, dass dieses Vermögen in seiner Substanz erhalten werden soll, bei allen Fraktionen zu Beginn der letzten Legislatur noch vorhanden. Unterdessen haben sich aber die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt verändert und das Vermögen ist indirekt durch die Zunahme der Verschuldung geschrumpft. Wir verstehen auch, dass diese Verschuldung zum Erhalt der Liquidität der Stadt unumgänglich war und die einmal definierten Ziele somit nicht gehalten werden können. Aber trotzdem ist es für uns eine der Schlüsselaufgaben der Politik, diese strategischen Diskussionen zu führen und allfällig angepasste Ziele zu definieren. Als Zweites möchte ich noch auf die Frage des angepassten kantonalen Steuertarifs zurückkommen: Für uns ist es plausibel und nachvollziehbar gewesen, dass gemäss der Beantwortung unserer Frage in der FGPK die Auswirkungen dieser Anpassungen zum Zeitpunkt der Budgetabstimmung durch das Volk nicht erkennbar waren. Entsprechend waren diese Anpassungen im Abstimmungskampf weder von den Befürwortern noch von den Gegnern einer Steuererhöhung ein Thema und somit dem Volk nicht bekannt. Es ist aber ein Fakt, dass durch diese Anpassungen die dreiprozentige Steuererhöhung wirkungslos verpuffte und der Stadt somit in den folgenden Jahren keine relevanten Mehreinnahmen zur Verfügung stehen. Mit der zweiten Budgetabstimmung wurde aber durch den Souverän mit einer klaren Mehrheit beschlossen, dass der Stadt in Zukunft Mehreinnahmen im Umfang von rund zwei Millionen Franken zur Verfügung stehen sollen. Entsprechend erwarten wir, dass dieser Volkswille mit dem nächsten Budget umgesetzt wird. Wir sind überzeugt, dass es in diesem Rat keine Partei gibt, die sich um den Volkswillen foutieren will und entsprechend erwarten wir, dass dem Budget 2017 mit einem Steuerfuss von mindestens 100 % mit einer klaren Mehrheit zugestimmt wird.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich bedanke mich sehr für die zahlreichen und ernstzunehmenden Voten. Sie zeigen aber gleichzeitig auch wieder auf, in welchem Spannungsfeld sich die Politik bewegt und wie gegensätzlich die geäusserten Meinungen sind. Das ist ja wahrscheinlich auch genau die Politik und bedeutet das Ausmarchen dessen, was uns in dieser Stadt wichtig ist. Die wichtigsten Sachen sind gesagt worden, wenn man die Jahresrechnung würdigt und eigentlich eine Art von finanzieller Bilanz zieht. Jürg Schmid und auch andere haben es gesagt, und der Meinung schliesst sich der Stadtrat an, dass wir aus unserem Betrieb heraus immer noch ein negatives Ergebnis haben. Der betriebliche Ertrag kann den Aufwand immer noch nicht decken, das ist eine Tatsache. Man sieht aus dem Ergebnis der Finanzierung, dass wir nach wie vor auf Finanzerträge angewiesen sind. Diese sind manchmal höher, manchmal tiefer, aber es ist auf jeden Fall ein wichtiger Beitrag für unsere laufende Rechnung. Das zeigt auch eine gewisse Abhängigkeit davon. Das ist an und für sich auch nicht positiv, hilft uns aber in der jetzigen Situation. Man sieht auch, dass wir ein operatives Ergebnis haben, welches immer noch einen Verlust aufzeigt. Das kann ja eigentlich niemanden freuen und freut vor allem auch den Stadtrat nicht. Bei den Nettoinvestitionen ist auch richtig festgestellt worden, dass diese nach wie vor zu hoch sind. Wir



konnten im letzten Jahr einen hohen Realisierungsgrad von über 80 % aufweisen, haben aber eine sehr tiefe Selbstfinanzierung. Auch das kann uns nicht freuen. Wenn man in der Geschichte etwas zurückgeht, weiss man, dass wir in den Anfängen der 2000er Jahre sehr wenig investiert haben, nämlich weniger als 10 Mio. Franken pro Jahr. Wir hatten damals eine Art Investitionsstau, welcher sich irgendeinmal gelöst hat. Vielleicht kann man sogar sagen, dass er sich entfesselt hat, indem dann ein Investitionsschub kam. Sie kennen diese Projekte alle, aber ich kann einige davon aufzählen: die KEBA, das Stadtmuseum, das ganze Bahnhofgebiet mit Veloparkings, das GZ Telli, das Freibad Schachen, Altstadtgassen usw. Das sind alles Investitionen, welche wir nicht einfach so getätigt haben, sondern schlussendlich zum Wohle unserer Bevölkerung und immer auch demokratisch legitimiert. Sie haben verschiedene Voten abgegeben, aus welchen ich noch ein paar Punkte herausgreifen und eine kurze Antwort darauf geben möchte. Zuerst danke ich Ihnen, dass Sie die Rechnung, wie sie nun aufbereitet ist, positiv würdigen konnten. In diesem Sinne werde ich den Dank an die Verwaltung auch intern gerne weitergeben. Ich danke Ihnen auch, dass einige gesehen haben, dass das letzte Jahr für den Stadtrat und die Verwaltung ein sehr strenges Jahr im Zusammenhang mit dem Projekt Stabilo 2 gewesen ist, welches natürlich am Schluss nicht nur zu unserer vollen Zufriedenheit verlaufen ist. Aber es hat unglaublich viele Energien gebunden. Wenn jetzt steht, dass das Projekt abgeschlossen sei, wie Martina Suter bemerkt hat, so ist nicht primär gemeint, dass wir uns zurücklehnen könnten, weil es ja abgeschlossen sei. Das Jahresziel war ja, das Geschäft im letzten Sommer mit den Vorschlägen, wie der Stadtrat die Berichte umsetzen möchte, vor den Einwohnerrat zu bringen, damit dies in die Budgetierung einfliessen könne. Das war eben das Jahresziel des Stadtrates. Das heisst aber nicht, dass Stabilo 2 abgeschlossen ist. Ganz im Gegenteil sind wir momentan intensiv in den verschiedenen Aufträgen drin, welche wir uns selber gegeben haben und welche uns der Einwohnerrat dann bestätigt hat. Natürlich möchten wir die Ziele, welche wir uns gesetzt haben, auch erreichen. Das ist eine grosse Aufgabe für die Verwaltung und auch den Stadtrat. Da sind wir mittendrin. Auch Peter Roschi hat den Wunsch geäussert, Stabilo 1 und 2 seien konsequent umzusetzen. Wir möchten bei Ihnen gerne ein Verständnis bewirken für die Fülle der Themen, welche momentan alle intern behandelt werden und zu diesem Ziel führen sollen. Die ganze Frage der Steuereinnahmen, welche erwähnt worden ist, beschäftigt den Stadtrat natürlich auch. Wir stellen ebenfalls fest, dass die Steuereinnahmen rückläufig sind und machen intern unsere Analysen. Wir sind immer noch daran, das eine oder andere zu überprüfen und hoffen, dass wir hier auch wieder bessere Zahlen vorweisen können. Weiter wurde gesagt, dass die Betriebskosten die wahren Sorgen seien und nicht die Investitionen an sich. Das ist richtig. Der Stadtrat hat natürlich von Jürg Schmid gerne gehört, dass er Leute in Aussicht hat, welche die Betriebskosten sponsern würden. Ist das richtig so? Er könnte uns diese einfach nennen, denn wir suchen diese Person noch, welche uns einfach die Betriebskosten sponsern würde. Das wäre natürlich super. Es sind alle herzlich eingeladen, da mitzudenken. Der Stadtrat tut dies natürlich auch. Regionale Beteiligungen an Investitionen ist immer wieder ein Thema, z. B. KEBA und andere. Der Stadtrat ist sich dessen sehr bewusst und versucht, mit den Nachbargemeinden das Verständnis dafür hinzubringen. Bei manchen Geschäften gelingt uns dies besser, bei anderen weniger gut. Wir können es ja nicht einfach einfordern. Es beruht auf einer gewissen Freiwilligkeit, aber wir versuchen diese immer wieder abzuholen. Von Gabriela Suter wurde die Karenzfrist bei der Besetzung der Stellen erwähnt. Sie hat den Stadtrat eingeladen, dies mit Umsicht zu tun. Ich kann Ihnen sagen, dass wir dies mit grosser Umsicht machen. Es gibt immer wieder Stellen, bei welchen es eben keinen Sinn macht oder sogar schädlich sein kann, wenn man

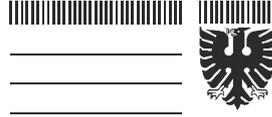


einen Monat die Stelle nicht besetzt. Ausnahmen hat es immer wieder gegeben. Dort besetzen wir die Stelle nahtlos, wie jetzt beispielsweise beim Stadtschreiber. In der Regel wird die Karenzfrist eingehalten, in begründeten Ausnahmen wird darauf verzichtet. Ich habe den Eindruck, dass der Stadtrat das wirklich mit Umsicht tut. Jürg Schmid hat gesagt, dass es ein besserer Abschluss als erwartet sei. Verlust ist Verlust und der Stadtrat teilt diese Einschätzung. Er will es auch nicht schönreden. Deshalb ist er auch weiterhin daran interessiert, bei der Rechnung und im Zusammenhang mit dem Budget eine Verbesserung hinzubringen. Ich möchte mir nach der Bilanz der Finanzen, welche wir nun gemacht haben, sehr gerne erlauben, eine Bilanz über die Lebensqualität in der Stadt Aarau zu machen. Martina Suter hat das Stichwort mit der Zeitschrift Bilanz bereits gegeben. Es ist ein Ranking gemacht worden, bei welchem die Stadt Aarau auf dem 6. Rang liegt. Ich kann hier schon sagen, dass das sehr erfreulich ist. Es ist etwas, worüber wir uns sicher auch zusammen freuen dürfen. Natürlich kann man solche Rankings und die gesetzten Parameter immer wieder hinterfragen, aber es ist dennoch so, dass man in der ganzen Schweiz darüber spricht. Es steht, dass gewisse Städte im Aufwind sind und Aarau zu diesen Städten gehört, dass Aarau in den Top Ten von 162 Städten liegt, welche so bewertet worden sind, dass das bemerkenswert ist und wir eine attraktive Stadt haben. Diesen Link möchte ich gerne noch machen: Die Finanzen müssen stimmen, das ist völlig klar, aber wir haben einen Gegenwert. Dieser Gegenwert ist unsere Stadt mit ihrer Lebensqualität und es zeigt auch, wie viele Familien und junge Leute gerne hier wohnen. Für ältere Leute und Rentner steht unsere Stadt auf dem 4. Rang der ganzen Schweiz betr. Wohlfühlen. Ich habe auch gestaunt, aber es ist scheinbar so. Ja, es ist wirklich so, man wohnt gerne in Aarau. Es ist für verschiedenste Bevölkerungsgruppen schön, in Aarau zu wohnen. Ich möchte mir deshalb wirklich erlauben, diesen Link zu machen und zu sagen, dass Geldausgeben nie ein Selbstzweck sein soll. Das ist es auch nicht, denn es soll immer zum Wohle der Bevölkerung und demokratisch legitimiert sein. Wenn wir stillstehen, ist es ein Rückschritt und das möchte wohl niemand. Die Balance zu finden zwischen der Stadt, welche sich entwickelt und vorwärts gehen soll und unseren Finanzen, zu welchen wir Sorge tragen und an welchen wir weiter dranbleiben müssen, wird auch in diesem und den kommenden Jahren eine grosse Herausforderung sein. Diese Herausforderung nimmt der Stadtrat mit Ihnen zusammen an. In diesem Sinne sagt der Stadtrat besten Dank für die Würdigung der Rechnung 2015.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir zur Detaildebatte. Zu den Seiten 6, 8, 12-16, 18-20, 22, 24, 26-32, 34 und 35 liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zu den Produktgruppen. Zu den Produktgruppen liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Investitionsrechnung im Detail. Zur Investitionsrechnung liegen auch keine Wortmeldungen vor. Beim Kapitel 11, Personen, Kommissionen und Statistiken, liegt eine Wortmeldung vor.

Gabriela Suter: Ich stelle gerne noch einmal meine Frage: Auf Seite 149 des Berichtes ist das Postulat "Verkehrskommission" aufgeführt. Ich habe die Frage nach dem Stand gestellt und ob das eine Postulatsleiche werde wie das Postulat "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt". Das wird nämlich aus diesem Kommentar heraus nicht ersichtlich.

Werner Schib, Stadtrat: Es ist keine Postulatsleiche. Das Postulat reift wunderbar. Es ist einfach so, dass die Sektion Stadtentwicklung sehr viele Projekte hat und die Verkehrsplanung, welche dort drin ist, eben auch. So muss z. B. der KGV, der Kommunale Gesamtplan Verkehr, jetzt ge-



macht und verabschiedet werden. Das Tagesgeschäft, Tempo 30-Geschichten, die Verkehrssignalisationen und all diese Sachen haben eine höhere Priorität. Deshalb kann ich Ihnen nicht sagen, wann dieses Postulat wieder zum Einwohnerrat kommt, aber es wird selbstverständlich kommen.

Ueli Hertig: Der Stadtrat beantragt, das Postulat "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt" sei abzuschreiben. Es ist doch schon länger her, seit dieses Postulat überwiesen und zwei Jahre später nicht abgeschrieben worden ist. Es sind nur noch die wenigsten Einwohnerräte seit damals aktiv, doch es hat sich ein Teil der heutigen Stadträte aktiv dafür eingesetzt. Hanspeter Hilfiker war einer der Erstunterzeichner, Angelika Cavegn Leitner war Mitunterzeichnerin und Werner Schib wehrte sich 2009 vehement gegen eine Abschreibung. Doch leider gibt es immer noch einen umstrittenen Punkt: Das Postulat fordert, dass bei fünf Anlässen im Jahr der Veranstaltungsschluss um 01.00 Uhr liegen solle. In den Richtlinien des Stadtrates muss aber um 24.00 Uhr alles abgebaut sein. Da der Stadtrat aber weder einen Kompromissvorschlag noch eine nachvollziehbare Erklärung geliefert hat, weshalb das Postulat nicht auch in diesem Punkt umgesetzt werden kann, wird unsere Fraktion das Postulat "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt" nicht abschreiben.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Der Stadtrat hat dieses Postulat tatsächlich wieder zur Abschreibung empfohlen, obwohl seit 2008 eigentlich nichts gegangen ist. Der Stadtrat ist nach wie vor der Meinung, dass bei den verschiedenen Bedürfnissen, welche in der Altstadt am Abend vorhanden sind mit Wohnen, Arbeiten, Musik und Anlässen ein guter Mix und ein gutes Gleichgewicht gefunden worden ist. Er ist auch der Meinung, dass sich dies so bewährt hat. In den letzten ein oder zwei Jahren ist es recht ruhig rund um die ganze Bedürfnisfrage geworden. Es gab keine Leserbriefe oder Briefe an den Stadtrat mehr. Im positiven Sinne ist es bezüglich dieses Themas also recht ruhig geworden. Man hat den Eindruck, dass die verschiedenen Bedürfnisse jetzt so nebeneinander Platz haben und es möglich ist, gewisse Aktivitäten in der Altstadt durchzuführen, um die Belebung, wie sie auch vom Postulat her gewünscht wird, zu erreichen. Deshalb hat der Stadtrat ausser dem einen Punkt alles erfüllt. Aus seiner Optik hat der Stadtrat aber nach wie vor das Gefühl, dass dieser Punkt zu weit gehen würde und er deshalb nicht aktiv werden möchte. Aus diesem Grunde möchte der Stadtrat das Postulat abschreiben lassen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Jahresbericht für das Jahr 2015 wird gutgeheissen.



Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Rechnung der Einwohnergemeinde Aarau für das Jahr 2015 wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über die Anträge 3:

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Nein-Stimmen gegen 17 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Für eine lebendige und lebenswerte Altstadt" wird nicht abgeschrieben.

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden

Beschluss

Das Postulat "Aarau eusi gsund Stadt" wird abgeschrieben.

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Nein-Stimmen gegen 22 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Einführung einer Schuldenbremse" wird nicht abgeschrieben.

Diese Beschlüsse unterliegen gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 6
GV 2014 - 2017 / 221

47. WOSA-Motion FDP: Zusätzliches Ziel mit Indikatoren für die Produktegruppe 01, Politische Führung

Mit Botschaft vom 29. Februar 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

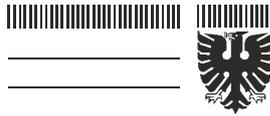
Antrag: *Der Einwohnerrat möge die WOSA-Motion abgeändert überweisen: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Wertschöpfungsintensive Neuansiedlungen und Startups werden von der WIFA aktiv gefördert und unterstützt" mit den Indikatoren "Anzahl bearbeiteter Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe", "Anzahl erfolgreich abgeschlossener Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe" und "Anzahl Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen" soll im Budget 2017 abgebildet werden, die anvisierte Zielbranche hingegen nicht in der Zielgruppe aufgeführt werden.*

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegt ein Änderungsantrag der FGPK vor mit folgendem Wortlaut:

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, die WOSA-Motion abgeändert zu überweisen, und zwar folgenderweise: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Neuansiedlungen und Startups werden von der WIFA aktiv gefördert und unterstützt" mit den Indikatoren "Anzahl bearbeiteter Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe", "Anzahl erfolgreich abgeschlossener Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe" und "Anzahl Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen" soll im Budget 2017 abgebildet werden, die anvisierte Zielbranche hingegen nicht in der Zielgruppe aufgeführt werden.

In der Version der FGPK soll also das Wort "wertschöpfungsintensiv" gestrichen werden. Ich möchte noch etwas zu den Abstimmungen dieser WOSA-Motion sagen, was dann v.a. bei den nächsten Motionen zum Tragen kommt: Gemäss Art. 22 Abs. 5 des WOSA-Reglements nimmt der Stadtrat Stellung zu der WOSA-Motion, was er ja in seiner Botschaft getan hat. Die FGPK prüft schliesslich die WOSA-Motion und stellt nachher den Antrag an den Einwohnerrat. Wir machen es so, dass wir die Frage stellen, ob der Antrag der FGPK überwiesen werden soll oder nicht. Wir stimmen ja über den FGPK-Antrag ab und sonst müsste ein anderer Antrag gestellt werden. So ist es im WOSA-Reglement festgehalten. Der Einwohnerrat kann den Antrag der FGPK selbstverständlich wieder abändern. Der Einwohnerrat kann also auch einen anderen Antrag stellen und dann würden die beiden Anträge einander gegenübergestellt. So wie der Antrag der FGPK hier vorliegt, kommt er zur Abstimmung. Ich lese ihn dann vor der Abstimmung noch einmal vor. Nun kommen wir aber zur Diskussion.

Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK: Die Wirtschaftsfachstelle hat die Aufgabe, Unternehmen, welche an einer Ansiedlung in Aarau interessiert sind, zu akquirieren und zu betreuen. Die Motion der FDP beantragt, dieses Ziel als neues Wirkungs- und Leistungsziel mit Indikatoren in der Produktegruppe 1 aufzunehmen. Der Stadtrat schlägt in seinem Antrag zwei Änderungen vor.



Die FGPK hat v.a. den Begriff "wertschöpfungsintensiv" intensiv diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass dieser Begriff nicht in der Motion drinstehen sollte, weil damit die Gefahr besteht, dass andere Institutionen und Unternehmungen, welche für die Stadt Aarau auch interessant wären, wie z. B. Forschungsinstitute, wegen dieser Einschränkung nicht unterstützt werden könnten. Die FGPK hat diesem Abänderungsantrag mit 7:3 Stimmen zugestimmt. Die Kommission stimmte der Motion in der stadträtlichen Version mit der Streichung des Begriffs "wertschöpfungsintensiv" mit 9:1 Stimmen zu.

Danièle Zatti Kuhn: Während meiner Amtszeit gab es keine WOSA-Motion, weshalb ich diese Regelung auch gar nicht gekannt habe, sonst hätten wir diesen Antrag nämlich schon am Freitag gestellt. Wir möchten den Antrag stellen, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen und nicht denjenigen der FGPK. Der Stadtrat begrüsst eine stärkere Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf die Zielgruppe der wertschöpfungsintensiven Betriebe, was uns natürlich freut, weil es schon lange eine Forderung von uns ist. Mit dem Indikator "Anzahl Vermittlungen und Beratungsdienstleistungen" anstelle von "Arbeitsplätzen" können wir gut leben, obwohl natürlich die Anzahl der Arbeitsplätze als Kennzahl auch interessant wäre. Nun kennen wir die Kategorie "Kennzahlen" bei WOSA gar nicht, sondern nur die finanziellen Kennzahlen. Darauf komme ich aber beim nächsten Traktandum noch zu sprechen. Dass die FGPK das Wort "wertschöpfungsintensiv" aus dem Ziel streichen möchte, verfehlt aus unserer Sicht das Ziel. Unsere Wirtschaftsförderung hat sehr wenige Ressourcen für die vielen Aufgaben, nämlich lediglich 80 %. Da muss sie sich wirklich sehr stark fokussieren und muss priorisieren. Aus unserer Sicht sind das v.a. diejenigen Unternehmen, welche uns Steuergelder generieren können. Wir sind klar der Meinung, dass es Unternehmen sein sollten, welche unserer Stadt einen nachhaltigen Nutzen bringen. Das sind v.a. diejenigen Unternehmen, welche weniger Ressourcenverbrauch bezogen auf den Output haben, sei dies z. B. die Anzahl Quadratmeter pro Arbeitsplatz oder der Steuerertrag pro CO₂-Ausstoss. Es sind aber auch Unternehmen, welche in zukunftssträchtigen Branchen tätig sind. Um genau diese Unternehmen buhlen nämlich alle Standorte. Die anderen Unternehmen, welche sowieso kommen, können die Dienstleistungen, welche die Wirtschaftsförderung anbietet, wie z. B. behilflich sein beim Finden einer geeigneten Liegenschaft oder bei der Erlangung von Bewilligungen usw., auf dem Markt einkaufen. Es gibt Treuhänder und genügend Beratungsunternehmen, welche diese Dienstleistungen anbieten. Dass der Antrag auf Streichung des Begriffs "wertschöpfungsintensiv" von grüner Seite her kommt, hat mich persönlich etwas erstaunt, da es eben genau bei der Wertschöpfungsintensität um Schonung der Ressourcen gehen würde. Wir hoffen natürlich, dass die in der FGPK in Aussicht gestellte Branchenausrichtung und die noch zu erarbeitende Strategie auch Richtung Wertschöpfungsstärke und damit auch Steuerstärke gehen wird. Als attraktiven Standort mit Platz 6 in der Zeitschrift Bilanz haben wir jetzt ja wirklich auch ein gutes Image und sind attraktiv für solche Unternehmen.

Lukas Häusermann: Es ist klar, dass WOSA gewisse Grenzen hat, was die Methoden betrifft. Das werden wir dann beim nächsten Traktandum sicher auch noch sehen und vielleicht werde ich dann noch einmal darauf eingehen. Für uns von der CVP ist das Wort "wertschöpfungsintensiv" nicht so wichtig oder entscheidend, dass wir nur mit diesem Wort leben könnten. Entsprechend werden wir dem Antrag der FPGK zustimmen, und zwar eigentlich auch aus der Überlegung heraus, dass "wertschöpfungsintensiv" ein Stück weit auch definiert werden muss. Ich denke, das kann man durchaus der Wirtschaftsfachstelle überlassen, was das genau heisst. Auf der anderen Seite glaube ich, dass es durchaus auch schwierig ist zu sagen, welcher Unternehmensmix für Aarau wirklich der richtige sei. Nur Startups und wertschöpfungsintensive Unternehmen zu haben,



ist wahrscheinlich auch gefährlich, da sich Unternehmen verändern. Was heute wertschöpfungsintensiv ist, ist morgen vielleicht schon nicht mehr so wertschöpfungsintensiv. Ich glaube, dass es entsprechend wichtig ist, hier in Aarau einen guten Mix an verschiedenen Unternehmen in verschiedenen Branchen zu haben.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Der Stadtrat hätte gut mit dem Wort "wertschöpfungsintensiv" leben können. Er hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Ansiedlung von Firmen ja sowieso eine Kernaufgabe der Wirtschaftsfachstelle ist. Übrigens ist Herr Burri, Leiter der Wirtschaftsfachstelle, heute Abend auch hier im Saal. Mit dem Wort "wertschöpfungsintensiv" möchte man einfach noch eine gewisse Fokussierung erreichen, was aber nicht heisst, dass man nicht auch andere Firmen ansiedeln kann. Man sieht auch aufgrund gewisser Zahlenstatistiken, dass zwar in der Region Aarau eine hohe Wertschöpfung in absoluten Zahlen vorhanden ist. Wenn man sie dann aber pro Einwohner hinunterbricht, liegt die Region Aarau unter dem kantonalen Schnitt. Das hat den Stadtrat dann doch bewogen zu sagen, dass es Sinn macht, hier einen Fokus darauf zu legen. In diesem Sinne hätte der Stadtrat, wie gesagt, gut mit dem Wort "wertschöpfungsintensiv" leben können. In allen anderen Punkten sind wir uns ja in diesem Sinne einig und deshalb sage ich auch nichts mehr dazu.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Wir werden jetzt zuerst den Antrag des Stadtrates dem Antrag der FGPK gegenüberstellen. Der obsiegende Antrag kommt dann in die Schlussabstimmung. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Vorabstimmung über den stadträtlichen Antrag und den Antrag der FGPK:

Antrag Stadtrat	<i>Der Einwohnerrat möge die WOSA-Motion abgeändert überweisen: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Wertschöpfungsintensive Neuansiedlungen und Startups werden von der WIFA aktiv gefördert und unterstützt" mit den Indikatoren "Anzahl bearbeiteter Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe", "Anzahl erfolgreich abgeschlossener Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe" und "Anzahl Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen" soll im Budget 2017 abgebildet werden, die anvisierte Zielbranche hingegen nicht in der Zielgruppe aufgeführt werden.</i>	21 Stimmen
Antrag FGPK	<i>Der Einwohnerrat möge die WOSA-Motion abgeändert überweisen: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Neuansiedlungen und Startups werden von der WIFA aktiv gefördert und unterstützt" mit den Indikatoren "Anzahl bearbeiteter Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe", "Anzahl erfolgreich abgeschlossener Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe" und "Anzahl Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen" soll</i>	27 Stimmen



	<i>im Budget 2017 abgebildet werden, die anvisierte Zielbranche hingegen nicht in der Zielgruppe aufgeführt werden.</i>	
--	---	--

Der Antrag der FGPK hat obsiegt.

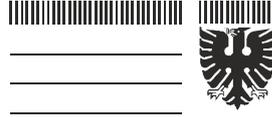
Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat überweist die WOSA-Motion abgeändert: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Neuan-siedlungen und Startups werden von der WIFA aktiv gefördert und unterstützt" mit den Indikatoren "Anzahl bearbeiteter Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe", "Anzahl erfolgreich abgeschlossener Ansiedlungsprojekte in der Zielgruppe" und "Anzahl Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen" soll im Budget 2017 abgebildet werden, die anvisierte Zielbranche hingegen nicht in der Zielgruppe aufgeführt werden.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

*Traktandum 7**GV 2014 – 2017/ 235 und 242***48. WOSA-Motion Grünliberale, SP, Grüne, EVP/EW, Pro Aarau: WOSA-Motion vom 29. Februar 2016 (verschiedene Produktgruppen)**

Mit Botschaft vom 4. April 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden:

- Anträge:**
- 1 Antrag 1 (PG 01) sei nicht zu überweisen.
 - 2 Antrag 2 (PG 01) sei nicht zu überweisen.
 - 3 Antrag 3 (PG 02) sei nicht zu überweisen.
 - 4 Antrag 4 (PG 02) sei zu überweisen.
 - 5 Antrag 5 (PG 04) sei nicht zu überweisen.
 - 6 Antrag 6 (PG 10) sei abgeändert zu überweisen: Zusätzlich zum vorhandenen Indikator "Veranlagungsgrad der laufenden Periode über kantonaler Vorgabe von 70 %" werden die Indikatoren "davon unselbständig Erwerbstätige > 80 %" und "davon selbständig Erwerbstätige > 30 %" aufgeführt.
 - 7 Antrag 7 (PG 13) sei nicht zu überweisen.
 - 8 Antrag 8 (PG 17) sei nicht zu überweisen.
 - 9 Antrag 9 (PG 17) sei nicht zu überweisen.
 - 10 Antrag 10 (PG 18) sei nicht zu überweisen.
 - 11 Antrag 11 (PG 20) sei nicht zu überweisen.
 - 12 Antrag 12 (PG 21) sei nicht zu überweisen.
 - 13 Antrag 13 (PG 21) sei nicht zu überweisen.
 - 14 Antrag 14 (PG 22) sei abgeändert zu überweisen: Der erste Satz des Beschriebs der Aufgaben/Leistungen lautet "Die Stadt Aarau bietet für kommerzielle, kulturelle, gesellschaftliche, regionale und überregionale Anlässe ein Kultur- und Kongresshaus an mit folgendem Leistungsauftrag:..."
 - 15 Antrag 15 (PG 22) sei zu überweisen.
 - 16 Antrag 16 (PG 23) sei zu überweisen.
 - 17 Antrag 17 (PG 23) sei abgeändert zu überweisen: Neues Ziel "Leseförderung" mit dazugehörigem Indikator "Leseförderungsangebote für Kinder im Vorschulalter, in der Primarschule und in der Sekundarstufe 1" mit einem Soll-Wert von 5.
 - 18 Antrag 18 (PG 26) sei nicht zu überweisen.
 - 19 Antrag 19 (PG 26) sei nicht zu überweisen.
 - 20 Antrag 20 (PG 30) sei nicht zu überweisen.
 - 21 Antrag 21 (PG 30) sei nicht zu überweisen.
 - 22 Antrag 22 (PG 40) sei abgeändert zu überweisen: Der Indikator heisst neu "Gesuchsbehandlung innerhalb von 3 Wochen nach Eingang mit vollständigen Unterlagen."
 - 23 Antrag 23 (PG 40) sei nicht zu überweisen.
 - 24 Antrag 24 (PG 40) sei nicht zu überweisen.



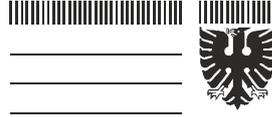
- 25 Antrag 25 (PG 41) sei nicht zu überweisen.
- 26 Antrag 26 (PG 41) sei nicht zu überweisen.
- 27 Antrag 27 (PG 42) sei zu überweisen.
- 28 Antrag 28 (PG 42) sei abgeändert zu überweisen: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Koordination und Vernetzungstätigkeit im Bereich Jugend" wird mit dem Indikator "Sitzungen und Treffen mit verwaltungsinternen und -externen Partnern" ergänzt.
- 29 Antrag 29 (PG 42) sei nicht zu überweisen.
- 30 Antrag 30 (PG 46) sei nicht zu überweisen.
- 31 Antrag 31 (PG 46) sei nicht zu überweisen.
- 32 Antrag 32 (PG 62) sei nicht zu überweisen.
- 33 Antrag 33 (PG 70) sei zu überweisen.
- 34 Antrag 34 (PG 72) sei nicht zu überweisen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Die FGPK hat das Geschäft an ihrer letzten Sitzung besprochen. Stefan Berner hat eine Übersichtsliste mit allen Abänderungsanträgen erstellt. Diese wurde Ihnen bereits verteilt. Es ist sonst etwas verwirrend, da ja die FGPK den Antrag stellt. Ich komme aber später noch einmal auf das Abstimmungsprozedere zu sprechen.

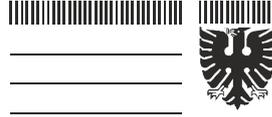
Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK: Die vorliegende Motion beinhaltet verschiedene Anträge auf Änderungen von Globalaufträgen und/oder von Indikatoren. Die FGPK hat die einzelnen Anträge zum Teil sehr intensiv diskutiert. Sie hat verschiedene Kriterien und Aspekte diesen Diskussionen zugrunde gelegt. Dazu gehört die WOSA-Systematik, also die "Flughöhe" der Anträge. Dazu gehören aber auch die Argumente des Stadtrates, die Praktikabilität bzw. die Verhältnismässigkeit, die finanziellen Auswirkungen und natürlich auch die politischen Zielsetzungen. Die FGPK hat 18 Mal einstimmig entschieden, 6 Mal mit einer Gegenstimme und 3 Mal mit zwei Gegenstimmen. 7 Entscheide waren umstrittener. Das waren die folgenden Anträge: Antrag 9, Zielwert bei der Reduktion des Energieverbrauchs bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen; Antrag 11, Förderung der kulturellen Vielfalt; Antrag 19, Indikator bei der Beantwortung von Fragen durch die Fachstelle Sport; Antrag 21, Indikator zum Erstgespräch bei den Sozialen Diensten; Antrag 23, Indikator zum Erstgespräch nach Errichtung von Beistandschaften; Antrag 23, Indikatoren der Jugendarbeit und Antrag 34, Indikator zum Anteil Grünabfälle, die zu Biogas vergärt werden. Diese sieben Entscheide hat die FGPK mit 3 befürwortenden oder Gegenstimmen oder teilweise auch mehr oder sogar 5:5 entschieden. Insgesamt hat die FGPK folgende Entscheide getroffen: In 16 Fällen beantragt sie, einen Antrag der Motion nicht zu überweisen; in 8 Fällen beantragt sie, einen Antrag der Motion zu überweisen; in 5 Fällen beantragt sie, einen Antrag der Motion mit einem Abänderungsantrag des Stadtrats zu überweisen und in ebenfalls 5 Fällen beantragt sie, einen Antrag der Motion mit einem Abänderungsantrag der Kommission zu überweisen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit wäre jetzt die Diskussion eröffnet.

Alexander Umbricht: "In Wahrheit heisst etwas wollen, ein Experiment machen, um zu erfahren, was wir 'können'; darüber kann uns allein der Erfolg oder Misserfolg belehren." Das ist ein Zitat von Friedrich Nietzsche. Aus meiner Sicht, und ich glaube, ich spreche da für alle Motionärinnen

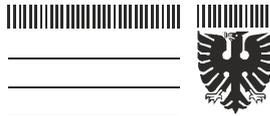


und Motionäre, ist die vorliegende Motion ebenfalls eine Form eines Experimentes. Wie funktioniert WOSA und wie kann man es als Steuerungsinstrument nutzen? Es ist ein Experiment, um geübt im Umgang mit diesem Instrument zu werden und um zu zeigen, ob und wie WOSA funktioniert. Ganz nebenbei gibt es natürlich auch noch das eine oder andere politische Ziel. Ich erlaube mir an dieser Stelle, zuerst ein paar grundlegende Überlegungen zu WOSA anzustellen. Danach werde ich etwas zur Antwort des Stadtrates sagen und gleichzeitig teilweise noch kurz zu den Anträgen Stellung nehmen, um später etwas Zeit zu sparen. Eigentlich ist WOSA ja ein Steuerungsinstrument, speziell auch vom Einwohnerrat. Über WOSA sollte das Budget bzw. die Leistungen der Stadt gesteuert werden. Das ist nicht ganz unwichtig. Deshalb finde ich es fast erschreckend, wenn uns der Stadtrat mit den Unterlagen zu dieser Sitzung auch noch ein Memo mit den Grundlagen zu WOSA schickt. Er scheint den Verdacht zu haben, dass wir da nicht so genau drauskommen. Und ehrlich gesagt, ich glaube, er hat Recht. Unsere Arbeitsgruppe hat grob geschätzt knapp 20 Jahre Einwohnerratserfahrung, und ich würde in subjektiver Eigendeklaration keines der Mitglieder als uninteressierten Hinterbänkler deklarieren. Trotzdem sind wir immer wieder etwas wie der Esel vor dem Berg gestanden und haben uns beim genauen Hinschauen über Sachen gewundert, welche wir teilweise seit Jahren mehr oder weniger abnicken. Eines meiner Lieblingsbeispiele ist der Satz bzw. Indikator "Höhe Zinssatz über SWAP-Satz bei Kapitalaufnahme. Ist 2015 26 Basispunkte." Eigentlich hätte ich jetzt Lust, eine Umfrage zu machen, wer vor dem Lesen der Antwort des Stadtrates bereits gewusst hat, ob ein hoher oder tiefer Wert gut ist bzw. was überhaupt ein guter Wert ist. Ich bitte Sie, einmal die Hand zu erheben. Es freut mich, es sind doch immerhin gut 10 % des Einwohnerrates. Meine Hand bleibt besser auch unten. Das heisst, 90 % haben über einen Indikator abgestimmt, bei welchem sie eigentlich keine Ahnung haben, was er bedeutet. Wie gesagt, das betrifft mich auch. Ist WOSA also schlecht? Wenn man uns so zuhört, könnte man ja auf diese Idee kommen. Ich bin mir ehrlicherweise nicht ganz sicher. Aus meiner Sicht ist WOSA eine Art Metasprache. Was heisst das? Die Verwaltung wird, so nehme ich zumindest teilweise an, ihr Budget "Bottom-up" erstellen. Die Feuerwehr braucht z. B. eine gewisse Anzahl Schläuche und von Zeit zu Zeit ein neues Fahrzeug. Der Einwohnerrat verlangt auf der anderen Seite sehr "Top-Down", dass das erste Feuerwehrfahrzeug zehn Minuten nach einer Alarmmeldung vor Ort sein muss. Das hat noch gar nichts mit Schläuchen zu tun. Zwischen "Bottom-up" und "Top-Down" braucht es wie eine Übersetzung. Das wäre bei uns eben WOSA. Übersetzungen sind erstens anstrengend und führen zweitens zu Reibungsverlusten. Umgekehrt ist es ja auch so. Wir Einwohnerräte denken häufig auch tendenziell "Bottom-up". Ich bin so frech und nehme als eines von vielen Beispielen Einwohnerrat Peter Roschi. Er hat kürzlich angefragt, ob sich der Stadtrat den Abbruch der Markthalle vorstellen könne. Das ist sehr konkret und hängt vermutlich u.a. von der Vorstellungskraft des Stadtrates ab. Aber ich sehe kein Wirkungs- und kein Leistungsziel in dieser speziellen Frage. Aber wie gesagt, wir funktionieren vermutlich alle so. Und zu guter Letzt haben die Sparbemühungen und die Diskussionen gezeigt, dass der Einwohnerrat und der Stadtrat häufig über die Streichung oder Beibehaltung konkreter Sachen diskutieren, aber praktisch nie über die Anpassung eines Indikators. Mein persönliches Fazit ist deshalb: WOSA ist nicht wirklich gut und überfordert das Parlament, welches sich zehnmal pro Jahr trifft, aber – und jetzt kommt dieses Aber – ich glaube, und ich weiss es nicht, WOSA ist besser als die Alternative. Ich möchte in diesem Saal nicht über die Anzahl Feuerwehrschräume diskutieren. Ich will schlussendlich, dass die Feuerwehr rasch vor Ort ist und das Ereignis bewältigt. Wichtig scheint mir, dass WOSA langfristig nur funktionieren kann, wenn wir uns als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte



vermehrt, das heisst also, mehr als in den letzten Jahren, mit WOSA auseinandersetzen und mit WOSA gut durchdacht experimentieren. Zur Antwort des Stadtrates: Prädikat durchzogen. Es ist eher nicht so ermutigend, sich tiefer mit WOSA auseinanderzusetzen. Je nach Abteilung sind die Antworten gut begründet, und zwar für oder gegen uns. Manchmal sind die Antworten halt einfach schlecht oder sogar absurd begründet. Symptomatisch ist das, wenn auch nicht bei allen, bei den Umfragen zur Qualität bzw. Zufriedenheit. Ein Beispiel ist das Stadtmuseum: Es ist seit Jahren möglich, die Besucherzufriedenheit zu erfassen und zu messen. Ausgewiesen ist sie jedes Jahr anscheinend grösser als 75 %. In Schulnoten wäre das übrigens eine 4,75. Wenn wir jetzt vorschlagen, dass der Indikator erhöht wird und wir also mehr als 75 % möchten, geht das nicht. Es gibt plötzlich für die Erhebung, welche ja dieselbe bleibt, Mehrkosten von 10 % des Globalbudgets dieser Produktegruppe. Ist das ernst gemeint? Die Zufriedenheit wird jedes Jahr bereits erfasst. Niemand, aber wirklich niemand der Motionärinnen und Motionäre wünscht sich eine Doktorarbeit zu diesem Thema, nicht einmal eine wissenschaftliche Arbeit, sondern es soll einfach und pragmatisch sein, ohne grossen Aufwand. In diesem Fall wird es ja bereits gemacht. Beispielsweise könnte die Zufriedenheit mit IT oder die Zufriedenheit der Mitarbeitenden einfach, wenn auch nicht wissenschaftlich perfekt, im Rahmen der Mitarbeitergespräche thematisiert werden. Die finden ja hoffentlich sowieso statt. Eine einfache, jährliche Umfrage ist durchaus mit kleinem administrativem Aufwand möglich, und die Möglichkeiten sind besser zu steuern. Also, wenn ich nachfolgend beim Thema Umfrage nicht immer dem Stadtrat folge, erwarte ich explizit pragmatische, einfache und günstige Lösungen, und zwar nicht jedes Mal für 30'000 Franken. Es geht um die Grosswetterlage: ist niemand zufrieden, ist die Mehrheit zufrieden oder alle. Es nervt ehrlicherweise, wenn sich gewisse Teile der Verwaltung hinter wissenschaftlicher Komplexität und hohen Kosten verstecken. Das geht unseres Erachtens mehr Richtung "Totschlägerargumente" als Richtung zielorientierte Problemlösung. Ich töne schon wieder negativ, ich weiss. Es gibt auch ganz klar gute und meines Erachtens problemorientierte Antworten aus der Stadtverwaltung, z. B. von der Stadtbibliothek. Und sehr positiv möchte ich auch Stefan Berner, Madeleine Schweizer und Matthias Mundwiler erwähnen, welche bei unseren Wissenslücken doch immer wieder sehr kompetent, spontan und unkompliziert Hilfe geleistet haben, auch wenn sie vermutlich unsere Anträge nicht immer gut gefunden haben. Ich möchte für den Moment mit einem Zitat zur Motion von jemandem aus diesem Raum aufhören: "Weshalb tut ihr euch das an?" Zwei Antworten: Ich habe aus diesem Experiment viel gelernt, was mir hoffentlich in meiner Arbeit als Einwohnerrat hier helfen wird. Und schlussendlich sind wir dafür gewählt.

Nicola Müller: Erlauben Sie mir, im Namen der SP-Fraktion in der gebotenen Kürze noch Stellung zur vorliegenden WOSA-Motion zu nehmen. Es würde augenscheinlich zu weit führen, würde ich mich zu allen 34 eingereichten Anträgen auch nur kurz äussern und es wäre wohl alles andere als wirkungsorientiert. Daher werde ich mich nachfolgend auch, wie das Alexander Umbricht vorhin getan hat, auf einige allgemeine Aussagen beschränken bzw. mich nur auf zwei, drei Aspekte beziehen, die aus meiner Sicht noch Erwähnung finden sollten. Es wurde bereits erwähnt: Wir haben vorliegend eine fraktionsübergreifende WOSA-Motion, welche sage und schreibe 34 Anträge enthält. Die SP war mit Eva Schaffner ebenfalls in der Arbeitsgruppe vertreten und hat bei der Ausarbeitung der Motion mitgewirkt. Die Motion beschränkt sich nicht nur auf eine einzelne Produktegruppe, sondern enthält ein ganzes Bündel von Anträgen für verschiedenste Massnahmen in verschiedensten Bereiche der städtischen Verwaltung. Es handelt sich also um ein umfassendes



Dokument, in welchem sehr viel Arbeit steckt. Viel Denkarbeit ist geleistet worden und grosse zeitliche Ressourcen wurden aufgewendet. Es ist der SP-Fraktion vor diesem Hintergrund ein ganz besonderes Anliegen, an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich für ihr grosses Engagement zu danken. Dass eine derart umfassende WOSA-Motion eingereicht wird, ist ein Novum. Wir können also erste Erfahrungen aus diesem Vorgehen gewinnen und nehmen diese in eine möglicherweise nächste WOSA-Runde mit. Wie sich gezeigt hat, erweisen sich die Reaktionen auf die Vorschläge der Motionärinnen als durchzogen. In vielen Bereichen beantragt Ihnen der Stadtrat, die jeweiligen Anträge nicht zu überweisen. Die SP-Fraktion hat sich intensiv mit den Anträgen der WOSA-Motion beschäftigt, bevor sie eingereicht wurde, und hat nun auch die stadträtliche Botschaft dazu eingehend geprüft und diskutiert. Es lässt sich feststellen, dass – wie zweckmässig die wirkungsorientierte Verwaltungsführung letztlich auch sein mag – ihr Handling doch alles andere als einfach zugänglich ist. In vielen Bereichen fehlt wohl schlicht die Fachkenntnis bzw. es fehlen seitens des Einwohnerrats die einschlägigen Erfahrungen innerhalb der Verwaltung, um wirklich voraussehen zu können, was das Setzen eines neuen Ziels oder das Festlegen eines neuen Indikators auch für finanzielle Konsequenzen haben könnte. Im Hinblick darauf hat die SP-Fraktion die gut aufbereitete Stellungnahme des Stadtrates gerne zur Kenntnis genommen, auch wenn wir uns teilweise nicht des Eindrucks erwehren können, dass beim jeweils geschätzten zusätzlichen Aufwand etwas gar hoch gepokert wurde. Teilweise erscheinen die finanziellen Aufwendungen doch sehr hoch geschätzt. Es muss auch die Frage gestellt werden, ob der Stadtrat unseren Anliegen nicht durch alternative, möglicherweise auch verhältnismässigere Vorschläge hätte besser Rechnung tragen können, so wie er dies bspw. auch bei Antrag 14 oder 17 gemacht hat. Nichtsdestotrotz erachtet die SP-Fraktion die stadträtlichen Einschätzungen in vielen Bereichen als nachvollziehbar und wir werden auch mehrheitlich entsprechend stimmen. Zu drei einzelnen Anträgen möchte ich aber noch kurz etwas sagen. Ich fange an bei Antrag 7, PG 13 Kapitaldienst: Tatsächlich scheint es so, dass die Einrichtung einer nachhaltigeren Anlagestrategie, die nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen und ökologischen Prinzipien verpflichtet ist, mit nur schwer abzuschätzenden Folgen verbunden sein könnte und es daher nicht sinnvoll ist, diesen Antrag ohne eine vorgängige, vertiefte Prüfung zu überweisen. Zu betonen ist aber ganz klar, dass das Festsetzen einer nachhaltigen Anlagestrategie für die Stadt Aarau für unsere Fraktion damit noch nicht vom Tisch ist. Die SP Aarau steht voll und ganz zu allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, so wie diese auch in § 10a der Gemeindeordnung zum Ausdruck gebracht werden. Mit Spannung wird in diesem Zusammenhang also die Antwort des Stadtrates auf die hängige Anfrage von Alexander Umbricht erwartet. Als nächstes möchte ich noch etwas zu Antrag 20, PG 30 Betrieb Volksschule, sagen: Bei Antrag 20 geht es um neue Indikatoren, welche die Qualität des Angebots der Volksschule Aarau messen sollen. Diesbezüglich folgt die SP-Fraktion geschlossen dem Änderungsantrag der FGPK. Neu soll also die angemessene Ausbildung von Lehrkräften und Schulleiterinnen bzw. Schulleitern als Indikatoren festgesetzt werden. Die Argumentation des Stadtrates überzeugt unseres Erachtens nicht. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern diese neuen Indikatoren zu einer Übersteuerung führen sollten, die dem Einwohnerrat so gar nicht zusteht. Dass das nicht so ist, zeigt im Übrigen schon der Umstand, dass bereits in der jetzigen Fassung ein ähnlicher Indikator vorhanden ist, der ebenfalls die Qualifikation der Lehrkräfte zum Inhalt hat. Zuletzt möchte ich noch etwas zu Antrag 26, PG 41 Freiwillige Sozialarbeit, sagen: Nicht nachvollziehbar ist für die grosse Mehrheit unserer Fraktion die Stellungnahme des Stadtrates zu Antrag 26, in welchem die Ausweisung der durchschnittlichen Wartedauer auf den Kinderkrippen- und Hortwartelisten ver-



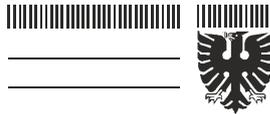
langt wird. Wir sind überzeugt, dass es der Stadt im heutigen IT-Zeitalter eigentlich möglich sein sollte, den entsprechenden Institutionen ein geeignetes Tool zur Verfügung zu stellen, anhand welchem sich die entsprechenden Zahlen relativ einfach erheben lassen. Die vom Stadtrat ins Feld geführte mögliche Verfälschung durch Doppelanmeldungen ist unseres Erachtens als Unsicherheitsfaktor in Kauf zu nehmen. Soweit zu einigen ausgewählten Anträgen. Wie bereits erwähnt, kann die SP-Fraktion die Mehrheit, nicht aber die Gesamtheit der stadträtlichen Anträge unterstützen. Entsprechend differenziert werden wir nachher auch abstimmen.

Danièle Zatti Kuhn: Diese, wie auch die vorangegangene WOSA-Motion zeigten auf, dass es im Bereich WOSA offenbar Handlungsbedarf gibt, obwohl die flächendeckende Einführung erst vor sieben Jahren stattgefunden hat. Ich möchte zuerst etwas zur Systematik von WOSA allgemein sagen. Die ursprüngliche Idee der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV, wie das an anderen Orten heisst, war in den 90er Jahren die Integration von Politik und Management, d.h. die Anwendung von Management-Know-how in der Verwaltung und in der Politik, soweit dies aufgrund des Legalitätsprinzips überhaupt möglich ist. Die Ziele von WOV sind Kundenorientierung, Leistungs- und Wirkungsorientierung, Verknüpfung von Aufgaben und Ressourcen sowie Qualitäts- und Wettbewerbsorientierung. Viele dieser Punkte waren in früheren Systemen noch nicht gewährleistet. Die wichtigsten Instrumente, welche in den Neunzigerjahren entwickelt wurden, sind: Globalbudget mit Wirkungszielen, Leistungszielen und Indikatoren, Kosten-/ Leistungsrechnung mit Leistungserfassung und klar definierte Führungskreisläufe. Die Bilanz nach 20 Jahren Anwendung von WOV in der Schweiz ist, dass die Transparenz des staatlichen Handels erhöht worden ist und ein Kulturwandel und Umdenken hin zu mehr Management-Know-how stattgefunden hat. Viele Instrumente sind in der heutigen staatlichen Tätigkeit eine Selbstverständlichkeit. Die Grundhaltung der Ausrichtung aller Massnahmen an Wirkungszielen ist unbestritten, aber die Modelle sind nach der Anfangseuphorie viel pragmatischer geworden, da viele Parlamente, aber auch Verwaltungen und Exekutiven mit den ursprünglichen Instrumenten überfordert gewesen sind. Wichtig ist aber bei der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive, wie wir jetzt am Diskutieren sind, sondern dass eben die ganze Führungstätigkeit auf allen Ebenen mit einbezogen wird. D.h., es soll nicht nur ein Instrument für die Exekutive und die Legislative, sondern ein Führungsinstrument auf allen Ebenen sein. Ob der Stadtrat Aarau seine Abteilungsleitenden und die Abteilungsleitenden ihre Abteilungen so führen, weiss ich nicht. Ich war noch nie an diesen Sitzungen. Aber wenn man von aussen schaut und zuhört, erhält man schon den Eindruck, dass diese Produktegruppenpläne etwas eine Pflichtübung für den Einwohnerrat sind. Aber eben, WOSA wäre ein Führungsinstrument für alle Ebenen. Baden stellt dies in einer schönen Führungspyramide dar und der Kanton hat auch eine solche. Da sieht man, wie die einzelnen Ebenen zusammenwirken und wie es zu einer Konsolidierung kommt, also vom Detail ins Generelle. Ich hätte Ihnen die Pyramide gerne gezeigt, aber hier können wir ja keine Beamer haben. Ich weiss aus eigener Erfahrung bei der kantonalen Verwaltung, dass es nicht einfach ist, solche Führungsinstrumente sinnvoll zu brauchen. Es ist schwierig, gute Wirkungs- und Leistungsindikatoren zu finden. Bei den Leistungsindikatoren ist das noch etwas einfacher. Es ist schwierig, auch wirklich auf allen Ebenen damit zu führen, aber Wirkungs- und Zielorientierung, Kostenkontrolle und Effizienz sind auf jeden Fall wichtige Aspekte der Führung. Das sollte nicht einfach nur zweimal im Jahr für das Parlament bei der Budgetierung und der Jahresrechnung als Pflichtübung erstellt werden. Sonst lohnt sich nämlich der ganze



Aufwand nicht, denn es ist Arbeit dahinter. Es wäre sonst wie eine ISO-Zertifizierung, welche immer dann, bevor einmal alle drei Jahre die Kontrolleure wieder kommen, zum Kasten herausgenommen wird und sonst eine Papierübung bleibt. Langer Rede, kurzer Sinn: Es wäre aus unserer Sicht Zeit, WOSA einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, die Praxistauglichkeit, die Führungsrelevanz auf allen Ebenen und die Wirksamkeit zu hinterfragen, die Schwachstellen zu erkennen und wenn nötig auch Verbesserungen zu machen. Da könnte man auch Einwohnerräte fragen. Man hat ja jetzt gesehen, dass diese zum Teil eigene Ideen haben, wie man diese Ziele und Leistungsindikatoren verbessern könnte. Martina Suter hat vorhin schon gesagt und wir haben schon länger gefordert, dass man nicht nur die zweistelligen Konten, sondern auch die dreistelligen Konten im Sinne einer grösseren Transparenz hätte. Ich weiss, dass wir jetzt an dieser Stelle keinen Antrag stellen können, aber der Wunsch für eine kritische Überprüfung können wir dem Stadtrat ja schon einmal übergeben. Wir werden uns überlegen, in einem Vorstoss eine Evaluation zu verlangen. Dass es als Einwohnerrat schwierig ist und eine Gesamtüberarbeitung von WOSA auch nicht unsere Aufgabe ist, zeigt die Tatsache, dass der Stadtrat nur gerade 5 der 34 Anträge als sinnmachend angeschaut hat. Wir werden auch den meisten Anträgen des Stadtrates auf Ablehnung folgen, weil die Anträge der Postulanten aus unserer Sicht in die falsche Richtung gehen. Sie verlangen häufig einen Ausbau der Leistungen, blähen die Verwaltung auf und sind dementsprechend mit Kostenfolgen in nicht abschätzbarer Höhe verbunden. Das lässt unsere finanzielle Situation im Moment ja gar nicht zu. Ein paar wenige Anträge wären zwar als Kenngrösse interessant, eignen sich aber nicht als Ziele oder Indikatoren, weil sie nicht steuerbar sind. WOSA kennt diese Kategorie der Kennzahlen nicht, oder man könnte vielleicht auch sagen, noch nicht und aus diesem Grunde lehnen wir z. B. die Überweisung des Antrags 4, Fluktuation, ab. Das ist aus unserer Sicht nichts, das man steuern kann, sondern etwas, das sich ergibt. Vielleicht kann man dann schon auch darauf reagieren, wenn man sieht, dass man eine zu hohe Fluktuation hat. Aber man kann diese nicht schon im Voraus steuern. Beim Antrag 29, Anlässe im Jugendkulturhaus, fänden wir das auch eine interessante Kenngrösse, denn es kann ja keine Kernaufgabe des Jugendkulturhauses sein, kommerzielle Vermietungen zu machen. Da wäre es interessant, einmal zu sehen, wie das Verhältnis ist. Der Antrag 33 zum Werkhof ist aus unserer Sicht nicht nötig, da dieser Indikator im Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur des Kantons bereits geregelt ist und Hauptverkehrsachsen auch im Langsamverkehr Kantonssache sind.

Vera Hertig: Wir haben es schon von Alexander Umbricht gehört: In diversen Anträgen der WOSA-Motion werden Umfragen bei Zielgruppen, wie z. B. Mitarbeiter/-innen der Stadtkanzlei, Besucher/-innen oder IT-Nutzer/-innen vorgeschlagen. Auch aus unserer Sicht sind die Begründungen des Stadtrates nicht ganz nachvollziehbar, weshalb ich noch kurz etwas dazu sagen möchte. In der Argumentation des Stadtrates wird es als Problem angesehen, dass man je nach Umfrageergebnis auch etwas unternehmen müsste. Das ist genauso: Wenn die Umfragen klare Missstände aufzeigen, z. B. eine tiefe Mitarbeiterzufriedenheit, muss selbstverständlich auch etwas dagegen unternommen werden. Man hat sich nicht umsonst die entsprechenden Ziele gesetzt. Die Angst vor schlechten Ergebnissen kann nicht als Argument dafür gelten, die Zufriedenheit gar nicht zu erheben oder einen tiefen Wert anzusetzen. Wir sind der Meinung, dass eine Umfrage in erster Linie eben nicht unerfüllbare Erwartungen weckt, wie der Stadtrat schreibt. Wir trauen der politischen Führung wie auch den Befragten zu, aufgrund möglicher Ergebnisse einer Umfrage zwischen sehr dringenden und zwingenden Optimierungsmassnahmen und anderen zu unterscheiden.



Die zweite Argumentation haben wir von Alexander Umbricht auch schon gehört, nämlich den grossen Aufwand. Es werden die 30'000 Franken erwähnt, welche jährlich anfallen würden. Ich bin da genau derselben Meinung wie Alexander Umbricht: Es sind auch einfachere, pragmatische Lösungen sehr gut möglich, und zwar mit kleinerem Aufwand und Umfang, um trotzdem den jährlichen Wert zu erheben. Wenn man die Fragen, das Umfragetool und das Auswertungskonzept einmal hat, kann das gleiche Prozedere jedes Jahr wiederholt und der Aufwand auch so gering gehalten werden. Um nun zum Schluss zu kommen: Ich finde, dass der Nutzen von solchen Umfragen durchaus erkennbar ist und auch einen angemessenen Zusatzaufwand rechtfertigt, denn unzufriedene Mitarbeitende, Besucher/-innen und Nutzer/-innen kosten auch über längere Zeit. Gerade Befragungen bei den Zielgruppen ist eine gute Art, Wirkungen direkt zu messen und nicht einfach nur Informationen auf der Leistungsebene der Verwaltung zu sammeln. Deshalb werden wir bei diesen Vorschlägen für die WOSA-Motion stimmen.

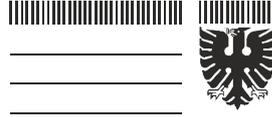
Lukas Häusermann: Zuerst muss ich Alexander Umbricht sagen, dass ich glaube, dass wir nach der Sitzung noch etwas besprechen müssen. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er moniert, dass die Anfrage von Peter Roschi keine Wirkungsziele enthalte. Würde das dann heissen, dass ein Abbruch der Markthalle seiner Meinung nach keine Wirkung erzielen würde? Da müssen wir nachher vielleicht noch einmal darüber sprechen. Die CVP-Fraktion hat Verständnis für das Anliegen der Motionäre. Es ist immer wieder die Frage, ob die Indikatoren und Leistungsziele sinnvoll sind, ob wir das Richtige damit messen und nachher auch die Informationen besitzen, welche wir eigentlich gerne hätten. Man muss einfach sehen, dass die Grenzen der Methodik WOSA in der Steuerung eines so komplexen Systems wie ein Unternehmen oder in unserem Fall eben eine Verwaltung liegen. Da ist auch die Managementliteratur, soweit ich weiss, schon ein Stück weiter. Man hat auch bei den Unternehmen gemerkt, dass eine solch reine Ursachen-/ Wirkungsbeziehung, v.a. wenn es dann noch mit einem Anreizsystem verbunden ist, doch nicht ganz die erhoffte Wirkung hatte und nachher der Unternehmenswert nicht entsprechend maximiert worden ist. Das dürfte auch hier bei der Stadtverwaltung ein Problem sein, wenn man das so durchdeklinieren möchte, wie das Danièle Zatti Kuhn gesagt hat. Man müsste sich überlegen, was die Alternativen wären. Die Alternativen müssten aus meiner Sicht sicher auch Richtung Simulationen gehen, also Was-ist-wenn-Analysen sein. Wir müssten uns v.a. überlegen, wo wir Alternativen in der Steuerung der Unternehmung bzw. Verwaltung haben und weniger in diesem Sinne Mikromanagement betreiben. Ich habe heute allerdings keine pfannenfertige Alternative und entsprechend wird auch die CVP-Fraktion darüber, was wir jetzt haben, diskutieren. Da möchte ich gerne auch noch ein paar Worte zu den einzelnen Anträgen verlieren. Wir sehen beim Antrag 4 auch nicht ein, weshalb hier die Mitarbeiterfluktuation erhoben werden sollte. Das kann durchaus sehr verschiedene Gründe haben, welche mehr oder weniger beeinflussbar sind. Wenn sie beeinflussbar sind, bekommen wir das wohl so oder so mit, und zwar auch ohne Indikator. Auch die ganzen Zufriedenheitsthematiken finde ich ein schwieriges Feld. Ich möchte nicht unbedingt zufriedene Mitarbeiter haben, welche einfach passiv dasitzen und ihren Job machen. Ich möchte lieber einen unzufriedenen Mitarbeiter haben, welcher auch die Situation verbessern möchte, wenn sie nicht gut ist. Also hier kann man sich durchaus streiten, was der Sinn aller Indikatoren ist. Dann sehen wir bei den Anträgen 9 und 10 bez. Energieverbrauch nicht ein, weshalb die MuKE auf ein bestehendes Portfolio angewendet werden soll. Wir sehen es sehr wohl als sinnvoll bei einem Neubau an. Dann aber auch zu sagen, man müsse es auf ein ganz bestimmtes Portfolio anwenden, scheint uns nicht



angebracht zu sein. Beim Sportkoordinator haben wir das Gefühl, dass man das ganz einfach machen könnte, indem man den Antragstellern sagt, wann die Sitzungen stattfinden und sie ihre Anträge bis dann bitte einreichen sollen, denn so könnte man auch innert nützlicher Frist eine Antwort geben. Bei den Anträgen 21 und 23, gesetzliche Sozialarbeit, ist uns nicht bekannt, dass ein Bedarf besteht, an der heutigen Praxis etwas zu ändern. Deshalb haben wir auch nicht das Gefühl, dass an den Bearbeitungszeiten per Definition gekürzt werden müsste. Wir gehen davon aus, dass die Sozialen Dienste auch eine entsprechende Triage für die Anträge machen können, welche wichtig sind bzw. welche etwas länger warten können, bis sie bearbeitet werden. Beim Antrag 34 wären wir froh, wenn es da einen Antrag von den Antragsstellern selber gäbe, da wir durchaus das Gefühl haben, dass man auch hier die Biomasse zuerst vergären könnte, bevor man es nachher auf das Feld führt, denn sonst geht das einfach in die Luft und dann hat niemand etwas davon.

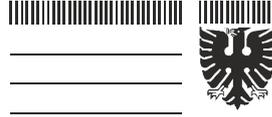
Thomas Richner: Wir haben mit der vorliegenden WOSA-Motion ein ganzes Bündel an Anträgen erhalten. Dies zeigt, dass sich die Fraktionen intensiv damit auseinandergesetzt haben. Andererseits ist es aber doch auch ein etwas grosser Rundumschlag geworden. Die SVP-Fraktion begrüsst konkrete und aussagekräftige Ziele, die zu einer Verbesserung der Wirkung der Verwaltung führen und dies, wenn möglich, ohne finanziellen Zusatzaufwand. Einige der vorliegenden Anträge werden wir deshalb unterstützen. Andere, welche uns überflüssig erscheinen oder kompliziert und aufwändig sind, ohne einen konkreten Nutzen zu bringen, werden wir ablehnen. Ein Beispiel wären die Energieverbrauchszahlen, welche auf die leidige ESAK-Geschichte und die unrealistischen Absenkpfade Bezug nehmen. Der Stadtrat hat die Anträge aus unserer Sicht gut analysiert und so werden wir uns mehrheitlich gemäss den Anträgen des Stadtrates verhalten. Für zukünftige Alternativen, welche erwähnt worden sind, oder eine generelle Überarbeitung von WOSA könnten wir uns sicher auch erwärmen.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich danke Ihnen herzlich für die sehr profunden Voten, welche hier abgegeben worden sind, hinter welchen natürlich eine Auseinandersetzung mit WOSA steht. Ganz herzlichen Dank auch an die Arbeitsgruppe WOSA, welche hier ein riesiges Werk abgegeben hat, hinter welchem ein grosses Engagement steckt. Es liegt nun hier zur Beratung vor. Sie haben selber gesagt, dass es lehrreich und wertvoll gewesen ist. Es konnten Erfahrungen gesammelt werden. Ich glaube, es ist bei WOSA ganz wichtig, dass man sich auf dieses Instrument einlässt, sich damit auseinandersetzt und Erfahrungen macht, um daraus immer wieder Verbesserungen zu initiieren. So geht es eigentlich auch dem Stadtrat. Auch der Stadtrat macht Erfahrungen mit WOSA und sieht immer wieder, wo man ansteht und es wieder andere Instrumente braucht und wo Verbesserungen angesagt oder möglich sind. Ich erinnere mich, dass am Anfang eine Motion von Andreas Baumann, FDP, im Wohnerrat stand. Er hat eigentlich das Umgiessen in die ganze WOSA-Bahn mit der Motion beantragt. Ich kann das Jahr nicht mehr sagen, weiss aber noch, dass ich damals noch im Wohnerrat war. Ich habe 1997 aufgehört. Sie können selber ausrechnen, wie lange wir uns hier mit WOSA also bereits befassen. In diesen vielen Jahren ist es immer darum gegangen, Erfahrungen zu sammeln und die Instrumente wieder anzupassen. Es ist gesagt worden, dass man überfordert war und es solche Höhenflüge gab. Man hatte das Gefühl, eine Verwaltung sei wie eine Firma. Das ist es dann aber schlussendlich dennoch nicht. Man muss teilweise pragmatisch vorgehen und die Indikatoren wieder anpassen. Dann hatten wir Phasen, in welchen



wir die Indikatoren zwei Jahre lang nicht verändert haben. Nachher hat man auf ein Jahr umgestellt. Es hat also immer wieder neue Erfahrungswerte gegeben und ich glaube, das ist auch der Sinn von WOSA. Heute haben wir, so glaube ich, einen guten Stand. Ich schliesse mich dem an, was Alexander Umbricht gesagt hat, dass es ein Stück weit immer ein wenig eine Überforderung ist. Aber es ist besser als jede andere Alternative, und zwar einfach, weil es einen zum Umdenken oder politisch Handeln auf der richtigen Ebene anleitet. Das ist ja aber eben auch nicht einfach. Deshalb muss man die Flughöhe kennen. Man will eben nicht über jeden Feuerwehrschauch sprechen, aber ich mag mich erinnern, dass man zu meiner Zeit jeweils bis morgens um 3.00 Uhr Budgetsitzungen hatte, weil man über jedes Büchergestell und jeden Luftbefeuchter diskutiert hat und jeder eine noch bessere Marke kannte, deren Anschaffungspreis tiefer gewesen wäre. So waren ungefähr die Diskussionen und die möchte ja sehr wahrscheinlich wirklich niemand mehr. Die Flughöhe, die Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten auch für den Einwohnerrat – da sind wir immer wieder daran, so auch jetzt gerade. Es muss für beide Seiten ein Gewinn sein, und nicht nur eine Last. Dafür muss man sich aber auch darauf einlassen. Der Stadtrat wird auch von seiner Seite her an den Einwohnerrat gelangen. Alexander Umbricht hat vorhin gesagt, dass dem Einwohnerrat da ein Papier beigelegt worden ist, wie wenn er nicht wüsste, was WOSA sei. Man war eben doch froh darum. So gibt es aber verschiedene Punkte, welche auch der Stadtrat von seiner Seite her mit dem Einwohnerrat gerne anschauen möchte, und zwar wurde hier von einer "Metasprache" geredet. Es geht auch darum, dass man bei WOSA dieselbe Sprache spricht. Diese Sprache zusammen zu finden, wird sicher in der nächsten Zeit wichtig sein. Der Stadtrat hat hierzu auch noch Vorschläge. WOSA ist also ein Führungs- und Steuerungsinstrument. Es wurde gesagt, man solle WOSA noch einmal kritisch überprüfen. Der Stadtrat nimmt dies sicher einmal so entgegen. Es trifft bei uns auf einen fruchtbaren Boden, und zwar insofern, dass der Stadtrat gemerkt hat, dass WOSA auch gewisse Mängel hat. Wieweit man aber darauf eingehen will, ist dann noch eine zweite Frage, da wir an und für sich im Moment mit anderem ziemlich eingedeckt sind. Aber dort, wo es Sinn macht, ist der Stadtrat sehr offen dafür. In diesem Sinne danke ich der Arbeitsgruppe noch einmal ganz herzlich und auch für die sehr guten und kritischen Voten, welche hier gefallen sind.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit kommen wir nun zu den Abstimmungen. Ich habe schon angetönt, wie wir vorgehen werden: Dort, wo kein Abänderungsantrag der FGPK vorliegt, wäre die Frage so, dass man bei Ja dem Antrag der Motionäre folgen würde und bei Nein die Nichtüberweisung der Motion möchte. Sie sehen die Anträge alle auf der Liste. Ja ist also immer Überweisen, entweder den Vorschlag der Motionäre oder der FPGK, Nein bedeutet Nichtüberweisen. Ich möchte an dieser Stelle wirklich Stefan Berner noch einmal für diese Liste danken, welche er gestern Nachmittag gemacht hat. Es war wirklich nicht ganz einfach, wie wir das zur Abstimmung bringen. Es ist mir wirklich wichtig, dass allen klar ist, worüber wir abstimmen. Wenn ich zu schnell vorgehe, melden Sie sich bitte umgehend. Ich schlage vor, dass ich die Anträge nicht noch einmal vorlese, denn Sie sehen sämtliche Anträge schriftlich in der erwähnten Liste. Zu diesem Vorgehen liegen keine Wortmeldungen vor. Melden Sie sich aber selbstverständlich, wenn Sie einen Abänderungsantrag stellen möchten. Somit kommen wir zu den



Abstimmungen:

Antrag 1

Neues Ziel für Stadtrat:

Der Stadtrat setzt seine Jahresziele konsequent um

Neuer dazugehöriger Indikator:

Umsetzungsgrad der Jahresziele: > 80%

Es sind nur Ziele für die Wirtschaft formuliert, keine für die Politik. Auch der Stadtrat sollte sich an einem Ziel messen lassen.

Antrag Stadtrat:	Nichtüberweisung
Antrag FGPK:	Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
Beschluss:	Nichtüberweisung (48 : 0 Stimmen)

Alexander Umbricht: Ich stelle keinen Antrag, wollte vorhin aber einfach nicht alles in mein Votum packen. Ich mache es kurz: Mir geht es um ein persönliches Anliegen, das gebe ich zu, aber ich finde, wir führen auch durch Vorbild. Wenn wir allen vorgeben, welche Leistungsziele und wie sie diese genau zu erfüllen haben, finde ich das etwas schräg, wenn wir uns selber nichts geben. Zum Argument, dass es logisch ist, dass wir gesetzeskonforme Beschlüsse fassen, kann ich nur sagen: Ja, natürlich ist es logisch. Es ist auch logisch, dass die Verwaltung gesetzeskonforme Baubewilligungen ausstellt. Trotzdem gibt es einen Indikator "maximale Anzahl berechtigter Beschwerden". Ich denke, es ist keine Frage der Relevanz, sondern eher ein Symbol, dass wir uns selber messen und hinschauen. Und übrigens haben wir in der Vergangenheit nicht immer rechtskonforme Beschlüsse gefasst. Es mögen zum Glück Ausnahmen sein, und das kann so gesehen kein Argument dagegen sein.

Antrag 2

Neues Ziel für Einwohnerrat:

Der Einwohnerrat fasst Beschlüsse beruhend auf den gesetzlichen Vorgaben.

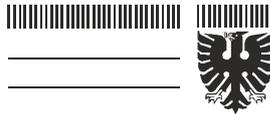
Neuer dazugehöriger Indikator:

Anzahl rechtsgültiger/erfolgreicher Beschwerden: keine

Es sind nur Ziele für die Wirtschaft formuliert, keine für die Politik. Der Einwohnerrat muss mit gutem Beispiel vorangehen und auch bei sich ein messbares Ziel definieren.

Zwar ist es selbstverständlich, dass der Einwohnerrat nur Beschlüsse fassen sollte, die den gesetzlichen Normen entsprechen. Die Vergangenheit (beispielsweise Verbindungsspanne Buchs Nord) zeigt, dass dies nicht immer der Fall war.

Antrag Stadtrat:	Nichtüberweisung
Antrag FGPK:	Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
Beschluss:	Nichtüberweisung (35 : 11 Stimmen)

**Antrag 3**

*Neuer Indikator für Ziel «Attraktive Arbeitsbedingungen sicherstellen»:
Anteil der Mitarbeitenden, die zufrieden oder sehr zufrieden sind muss $\geq 80\%$ sein.*

Den Indikator «Befragung Mitarbeiter/-innen» halten wir nicht für ausreichend, um das Ziel «Attraktive Arbeitsbedingungen sicherstellen» zu überprüfen.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
Beschluss: Nichtüberweisung (38 : 8 Stimmen)

Antrag 4

*Neuer Indikator für Ziel «Attraktive Arbeitsbedingungen sicherstellen»:
Fluktuation bei Mitarbeitenden (Angabe in %)*

Den Indikator «Befragung Mitarbeiter/-innen» halten wir nicht für ausreichend, um das Ziel «Attraktive Arbeitsbedingungen sicherstellen» zu überprüfen.

Antrag Stadtrat: Überweisung
Antrag FGPK: Überweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
Beschluss: Überweisung (32 : 15 Stimmen)

Antrag 5

*Neues Ziel:
Zufriedenheit der Anwenderinnen und Anwender*

*Neuer dazugehöriger Indikator:
Anteil zufriedener Anwenderinnen und Anwender*

Computer gehören zu den wichtigsten Arbeitsgeräten einer Verwaltung. Eine grundlegende Zufriedenheit mit Ausstattung und Service ist daher zwingend.

Der Zielwert für den Indikator könnte lauten: $\geq 90\%$

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
Beschluss: Nichtüberweisung (37 : 11 Stimmen)

Antrag 6

Zusätzliche Indikatoren für das Ziel «Rasche und korrekte Verarbeitung der zu bearbeitenden Steuererklärungen»:

- *Veranlagungsgrad Unselbständigerwerbende Personen*
- *Veranlagungsgrad Selbständigerwerbende Personen*

In der Vergangenheit war der Veranlagungsgrad zwischen den beiden Kategorien unterschiedlich, eine gemittelte Zahl ist wenig aussagekräftig. Beispielsweise war in einem Jahr der Veranlagungsgrad bei den selbstständig Erwerbenden 18 %, bei den unselbstständig Erwerbenden über 70 %.

Als Zielwert ist « $> 70\%$ » für die unselbständig und selbständig Erwerbenden zu wählen. Die kantonalen Vorgaben geben einen Veranlagungsgrad von insgesamt 70 % vor.

Antrag Stadtrat:

Antrag 6 (PG 10) sei abgeändert zu überweisen: Zusätzlich zum bereits vorhandenen Indikator "Veranlagungsgrad der laufenden Periode über kantonalen Vorgabe von 70 %" werden die Indikatoren "davon unselbständig Erwerbstätige > 80 %" und "davon selbständig Erwerbstätige > 30 %" aufgeführt.



Antrag FGPK: gemäss Antrag Stadtrat

Beschluss: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
(45 : 3 Stimmen)

Antrag 7*Zusätzliches Ziel:**Das Kapital der Stadt Aarau ist nachhaltig investiert.*

Die Stadt als öffentliche Hand hat eine Vorbildfunktion. Die Nachhaltigkeit verstehen wir in all ihren Dimensionen. Folgende Möglichkeiten können wir uns beispielsweise vorstellen:

- Ökonomisch: Rendite
- Sozial: keine Investitionen in Rüstungsfirmen, etc.
- Umwelt: keine Investitionen in Firmen, die ihr Geld mit Öl- und/oder Gasförderung verdienen

Geeignete Indikatoren sind von der Verwaltung vorzuschlagen.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

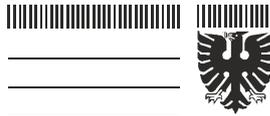
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)

Beschluss: Nichtüberweisung (41 : 7 Stimmen)

Alexander Umbricht: Ich nehme die Anträge 8, 9 und 10 gleich zusammen. Ich komme zuerst zu den Anträgen 8 und 10, denn die beiden sind eigentlich gleich. Einmal geht es um das Verwaltungs- und einmal um das Finanzvermögen. Um es kurz zu machen: Alle geforderten Werte sind vorhanden, inkl. CO₂. Sie werden im Rahmen des Energiestadtprozesses sowieso erhoben. Der Zusatzaufwand, diese zu erheben, liegt also bei null und die Zusatzkosten sind auch null. Die relevanten Gebäude sind, samt Energieverbrauch und Energiekosten, erfasst. Es muss auch kein zusätzliches Gebäude erfasst werden. Weshalb weiss ich das? Der Leiter Liegenschaften und Betriebe hat mir dies so auf Nachfrage bestätigt. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass in diesen Anträgen keine Aussagen zu den gewünschten Werten gemacht werden. Man fordert nur, dass sie aufgelistet werden. Wir können nicht tiefer als das bestimmen, denn das ist Sache des Stadtrates. Wir möchten einfach wissen, wie diese Werte sind und der Antrag 9 geht um die Höhe dieser Werte. Somit wäre mit diesen Werten, egal wie sie dann auch sind, gar keine Sanierung zu rechtfertigen. Es entstehen wirklich für die Anträge 8 und 10 keine Kosten. Deshalb bitte ich Sie, auch die Anträge 8 und 10 zu unterstützen. Beim Antrag 9 gebe ich zu, dass mir die Argumentation grundsätzlich richtig erscheint. MuKEN kann man nicht auf einem bestehenden Gebäudepark so anwenden. Die Aussage ist vielleicht etwas ambitioniert, und dass der Kennzielwerte definiert werden kann, ist eigentlich falsch. Die Frage ist, ob es einen sinnvollen Zielwert gibt. Deshalb bin ich einverstanden. Ich möchte aber einen neuen Antrag stellen, und zwar mit folgendem Wortlaut:

Der Zielwert beim Wirkungsziel "Reduktion Energieverbrauch" ist zu hoch und sollte mit tieferen Werten angepasst werden.

Wir haben, das ist bereits erwähnt worden, die leidige ESAK-Geschichte, bei der leider 60 % der Stimmbevölkerung der Meinung war, dass wir diese Absenkpfade haben. Die kann man dort auch



darstellen. Da wir keinen Wert mehr vorgeben, ist es eigentlich völlig der Verwaltung offen gelassen, einen Wert zu setzen. Er muss einfach tiefer sein. Das ist übrigens auch realistisch und wird in der Begründung selber erwähnt, nämlich mit Betriebsoptimierungen. Man muss nicht eine vollständige Sanierung machen. Mit einfachen Betriebsoptimierungen kann man je nach Gebäude 5 oder 10 oder sogar 15 % Energie sparen. Betriebsoptimierungen heisst, dass man Investitionen macht, welche sich in 3 bis 6 Jahren auszahlen. Man passt beispielsweise eine Heizkurve an. Das ist nicht teuer. Wenn man also Betriebsoptimierungen macht, was ja teilweise bereits getan wird und bei mehreren Gebäuden in Zukunft auch noch vorgesehen ist, spart man langfristig viel Geld. Das ist eigentlich auch Stabulo-konform. Im Gegensatz zu gänzlichen Sanierungen sind diese Kosten nach 5 bis 6 Jahren positiv. Dementsprechend werden diese Werte sinken. Es besteht also keine Gefahr. Kein Wert würde verlangen, dass jetzt alle Gebäude nach Minergie-P-Eco Plus saniert werden müssten. Grundsätzlich ist es einfach der Wunsch der Motionäre, dass die Werte tiefer als bisher sind. Wenn man die letzten paar Jahre anschaut, sind die Werte manchmal sogar gestiegen, und das ist für mich schwer erklärbar. Deshalb bitte ich Sie, den abgeänderten Antrag zu überweisen. Ich habe den Antrag der Präsidentin bereits schriftlich übergeben.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Der Antrag 8 möchte einen neuen Indikator beschliessen. Der Indikator ist ein Ziel, eine Messgrösse, welcher vorgegeben wird. Dies ist so gemäss unserem WOSA-Reglement. Auf dieses Ziel muss hingearbeitet werden. Es ist verbindlich und messbar. Beim zusätzlichen Indikator, welcher Ihnen beim Antrag 8 vorgelegt wird, muss einfach gesagt werden, dass wir bereits sehr viel machen. Wir haben einerseits das Projekt "energo", welches bereits läuft. Zudem haben wir das Projekt Energiestadt. Wir können aber den Energieverbrauch nicht bei allen Liegenschaften, und zwar v.a. bei den vermieteten Liegenschaften beim Verwaltungsvermögen, selber beeinflussen. Dies konnten Sie ja auch nachlesen. Wir haben dort nur beschränkte Möglichkeiten, auf unsere Mieterschaften Einfluss zu nehmen. Es kommt dazu, wie das Herr Umbricht soeben am Schluss gesagt hat, dass Werte manchmal steigen und dann wieder sinken. Das hängt auch damit zusammen, wie viele kalte Wintertage wir haben. Es ist also nicht so einfach, hier einen Zielwert zu definieren, den man dann tatsächlich auch messen und erreichen kann. Wir wollen den Energiezielen, welche wir haben, selbstverständlich nachkommen und wir sind auch daran, das zu tun. Das werden Sie vermutlich dann auch wieder beim Budget 2017 bei den entsprechenden Werten sehen. Aber einen Zielwert zu definieren, ist einfach schwierig. Deshalb hält der Stadtrat an seinem Wert fest. Sie müssten den Zielwert dann auch effektiv steuern können. Das wäre WOSA: Steuern eines Zieles mit Geld dahinter. Dasselbe gilt für den Antrag 9, Zielwerte nach der MuKE: MuKE ist ungefähr mit dem Minergie-Standard zu vergleichen. Wir können nicht bei allen Liegenschaften, welche wir in der Stadt Aarau haben, den Minergie-Standard einhalten, insbesondere nicht bei den Altbauten. Deshalb macht der Antrag 9 so keinen Sinn. Wie ich den abgeänderten Antrag vorhin mündlich gehört habe, dass man den Zielwert einfach etwas tiefer machen sollte, liegt er auch auf der Linie des Stadtrates. Das werden wir machen und haben auch eine Verpflichtung dazu, aber das müssen Sie nicht noch zusätzlich beschliessen. Aus diesem Grund ist der Stadtrat der Meinung, dass man es so, wie er es sieht, auch bestätigen sollte. Aber den Antrag stellt die FGPK.

**Antrag 8**

Zusätzliche Indikatoren zum Ziel «Reduktion Energieverbrauch»:

- Energieverbrauch Strom
- Energieverbrauch Wärme
- CO₂-Emissionen

Die Werte sollen relativ (also in Prozent) zum Beispiel zu 2012 angegeben werden.

Die Werte sollten bereits vorhanden sein, da Aarau Energiestadt ist und daher mit «EnerCoach» den Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften schon seit längerem überwacht.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK:

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:

Zusätzliche Indikatoren zum Ziel "Reduktion Energieverbrauch":

- Energieverbrauch Strom
- Energieverbrauch Wärme

Die Werte sollen relativ (also in Prozent) zum Beispiel zu 2012 angegeben werden.

Vorabstimmung:	Motion	24 Stimmen
	Antrag FGPK	19 Stimmen

Beschluss: Überweisung der Motion (25 : 22 Stimmen)

Antrag 9

Der Zielwert beim Wirkungsziel «Reduktion Energieverbrauch» ist zu hoch und sollte - entsprechend der Zielwerte der MuKE n (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) - angepasst werden.

Aarau ist Energiestadt und hat in der Gemeindeordnung diverse Absenkpfade vorgeschrieben. Dementsprechend sollten auch die Zielwerte gewählt werden.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK: Überweisung

Abänderungsantrag:

Der Zielwert beim Wirkungsziel "Reduktion Energieverbrauch" ist zu hoch und sollte mit tieferen Werten angepasst werden.

Vorabstimmung:	Abgeänderte Motion	28 Stimmen
	Antrag FGPK	19 Stimmen

Beschluss: Überweisung der abgeänderten Motion:
Der Zielwert beim Wirkungsziel "Reduktion Energieverbrauch" ist zu hoch und sollte mit tieferen Werten angepasst werden.
 (25 : 22 Stimmen)

**Antrag 10***Neues Ziel:**Reduktion Energieverbrauch**Neue dazugehörige Indikatoren:*

- Energieverbrauch Strom
- Energieverbrauch Wärme
- CO₂-Emissionen

Die Werte sollen relativ (also in Prozent) zum Beispiel zu 2012 angegeben werden.

Die Werte sollten (teilweise) bereits vorhanden sein, da Aarau Energiestadt ist und daher mit «EnerCoach» den Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften schon seit längerem überwacht. Die Daten der Gebäude, von denen die Werte bekannt sind reichen, d. h. die Daten müssen nicht von Mietern erhoben werden, die Energie selber einkaufen und direkt bezahlen.

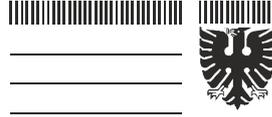
Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Überweisung (24 : 23 Stimmen)

Antrag 11*Neues Ziel:**Förderung der kulturellen Vielfalt in der Stadt Aarau**Neuer dazugehöriger Indikator:**Anteil geförderte neue/einmalige Projekte mind. x %*

Zu Kultur gehört, dass sie sich erneuert. Mit diesem Indikator wird genügend Geld für neue Kulturangebote zur Verfügung gestellt. Bei gegebenem Globalbudget hat das auch zur Folge, dass etablierte Kulturangebote ihre Zuschüsse (teilweise) verlieren werden.

Ein sinnvoller Prozentsatz soll durch die Kulturkommission vorgeschlagen werden.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK:
 Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:
 Neues Ziel:
 Förderung der kulturellen Vielfalt in der Stadt Aarau.
 Neuer dazugehöriger Indikator:
 Anteil geförderte neue / einmalige Projekte mind. x %.
 Beschluss: Überweisung gemäss Antrag FGPK
 (28 : 20 Stimmen)

**Antrag 12**

Der einleitende Text sollte wie folgt ergänzt werden: ... auf eine zeitgemässe Art «und sorgt für eine sachgemässe Pflege und Unterhalt der Sammlung».

Die Ergänzung entspricht dem Grundauftrag eines Museums und sollte daher erwähnt werden.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Nichtüberweisung (46 : 0 Stimmen)

Antrag 13

*Der Zielwert zum Indikator «Besucherzufriedenheit» sollte grösser sein:
 ≥ 90%*

Das qualitativ hochstehende Angebot des Stadtmuseums darf 9 von 10 Besuchern zufriedenstellen. Ein Zufriedenheitsgrad von 75% ist bei einem grundsätzlich interessierten und positiv eingestellten Publikum bescheiden angesetzt.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Nichtüberweisung (39 : 7 Stimmen)

Antrag 14

*Weiterer Punkt:
 «Trägt dazu bei, dass Anlässen mit überregionaler Ausstrahlung im KUK stattfinden.»*

Der Punkt ist in den Wirkungszielen enthalten und sollte deshalb auch im einführenden Text aufgeführt werden. Die überregionale Ausstrahlung des KuK ist aus Gründen des Standortmarketings anzustreben.

Antrag Stadtrat:

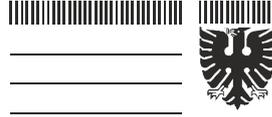
Antrag 14 (PG 22) sei abgeändert zu überweisen: Der erste Satz des Beschriebs der Aufgaben/Leistungen lautet "Die Stadt Aarau bietet für kommerzielle, kulturelle, gesellschaftliche, regionale und überregionale Anlässe ein Kultur- und Kongresshaus an mit folgendem Leistungsauftrag: ..."

Antrag FGPK: gemäss Antrag Stadtrat
 Beschluss: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
 (46 : 0 Stimmen)

Antrag 15

*Der Zielwert zum Indikator «Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung» sollte grösser sein:
 35*

In den letzten Jahren wurden mehrfach mehr als 30 Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung durchgeführt: 2012: 38; 2013: 41; 2014; 32



Antrag Stadtrat: Überweisung
 Antrag FGPK: Überweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Überweisung (36 : 11 Stimmen)

Antrag 16

*Neues Ziel:
 Leseförderung*

Lesen ist eine entscheidende Kulturtechnik.

Antrag Stadtrat: Überweisung
 Antrag FGPK: Überweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Überweisung (46 : 1 Stimmen)

Antrag 17

*Neues Ziel:
 Leseförderung*

*Neuer dazugehöriger Indikator:
 Anteil ausgeliehener Kinder- und Jugendmedien als Anteil aller Ausleihen.*

Lesen ist eine entscheidende Kulturtechnik.

Antrag Stadtrat:

Antrag 17 (PG 23) sei abgeändert zu überweisen: Neues Ziel "Leseförderung" mit dazugehörigem Indikator "Leseförderungsangebote für Kinder im Vorschulalter, in der Primarschule und in der Sekundarstufe 1" mit einem Soll-Wert von 5.

Antrag FGPK: gemäss Antrag Stadtrat
 Beschluss: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
 (46 : 2 Stimmen)

Antrag 18

„möglichst wettkampffähig“ streichen

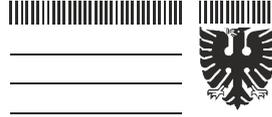
Die Anforderungen für die Wettkampffähigkeit verursachen in der Sportinfrastruktur in der Regel deutliche Mehrkosten. Das als grundlegendes Ziel aufzuführen führt schon fast automatisch zu höheren Investitions- und Unterhaltskosten. Natürlich kann trotzdem Wettkampftauglichkeit bei einzelnen Projekten ein richtiges Kriterium sein. Wir bevorzugen die Fallweise Beurteilung und nicht das generelle Ziel.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK: Überweisung Motion
 Beschluss: Überweisung (35 : 13 Stimmen)

Antrag 19

*Neuer Indikator zum Ziel «...Anfragen werden innert nützlicher Frist beantwortet»:
 90% der Anfragen werden innerhalb einer Woche beantwortet.*

Der neue Indikator scheint uns klar definiert, aussagekräftiger und somit kundenfreundlicher.



Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK:

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:

Zwei neue Indikatoren zum Ziel "... Anfragen werden innert nützlicher Frist beantwortet":

- Allgemeine Anfragen innerhalb einer Woche (90%)
- Anfragen, für welche die Sportkommission zuständig ist: Beantwortung unmittelbar nach der auf die Anfrage folgenden Sitzung (100%)

Beschluss: Überweisung gemäss Antrag FGPK
(24 : 22 Stimmen)

Antrag 20

Vier neue Indikatoren für Ziel «Die Qualität des Angebots ist sichergestellt»:

- *Lehrkräfte verfügen über eine angemessene pädagogische Ausbildung.*
- *Schulleitung verfügt über eine angemessene Ausbildung und bildet sich konstant weiter.*
- *Die Meinung der Eltern zur Schule ist erfasst.*
- *Die Meinung der Schülerinnen und Schüler ist erfasst.*

Der Indikator «Qualifikation der Lehrkräfte entspricht der jeweiligen Schulstufe» ist im Gegenzug zu streichen.

Grundsätzlich scheint es uns wichtiger, dass vor einer Klasse eine pädagogische kompetente Lehrkraft steht, als dass sie in erster Linie über das «richtige Papier» verfügt. Zudem zeigt die gelebte Realität speziell auf der Oberstufe, dass dort viele fähige Lehrpersonen angestellt sind, diese aber nicht selten beispielsweise «nur» über ein Primarlehrerdiplom verfügen.

Die Eltern sind ein wichtiger Partner der Schule, ihre Meinung ist daher systematisch zu erfassen.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK:

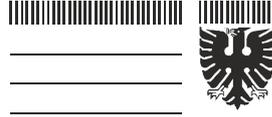
Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:

Zwei neue Indikatoren für Ziel "Die Qualität des Angebots ist sichergestellt":

- Lehrkräfte verfügen über eine angemessene pädagogische Ausbildung.
- Schulleitung verfügt über eine angemessene Ausbildung und bildet sich konstant weiter.

Der Indikator "Qualifikation der Lehrkräfte entspricht der jeweiligen Schulstufe" ist im Gegenzug zu streichen.

Beschluss: Überweisung gemäss Antrag FGPK
(28 : 20 Stimmen)



Angelica Cavegn Leitner, Stadträtin: Nur ganz kurz: In der Rechnung 2015 waren es noch vier Wochen, welche der Stadtrat bereits auf 3 Wochen reduziert hat. Diese 3 Wochen entsprechen realistischerweise den personellen Ressourcen, welche wir jetzt haben. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, das so zu unterstützen, wie es der Stadtrat beantragt hat.

Antrag 21

«Erstgespräch innerhalb von 3 Wochen nach Gesuchsabgabe mit vollständigen Unterlagen.» ersetzen durch «Erstgespräch innerhalb von 2 Wochen nach Anmeldung.»

Die Leute, die sich bei den Sozialen Diensten melden, sind in einer prekären Situation. Ein möglichst baldiges Erstgespräch ist notwendig.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK:

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:

"Erstgespräch innerhalb von 2 Wochen nach Gesuchsabgabe mit vollständigen Unterlagen".

Beschluss: Nichtüberweisung (29 : 18 Stimmen)

Antrag 22

«Gesuchsbehandlung innerhalb eines Monats nach Eingang mit vollständigen Unterlagen.» ersetzen durch «Gesuchsbehandlung innerhalb drei Wochen nach Anmeldung.»

Die Leute, die sich bei den Sozialen Diensten melden, sind in einer prekären Situation. Eine möglichst schnelle Gesuchsbehandlung ist notwendig.

Antrag Stadtrat:

Antrag 22 (PG 40) sei abgeändert zu überweisen: Der Indikator heisst neu "Gesuchsbehandlung innerhalb von 3 Wochen nach Eingang mit vollständigen Unterlagen."

Antrag FGPK: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat

Beschluss: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
(48 : 0 Stimmen)

Antrag 23

«Erstgespräch innerhalb eines Monats nach Errichtung.» Neu «Erstgespräch innerhalb zwei Wochen nach Errichtung.»

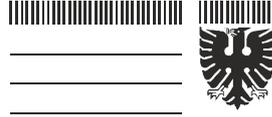
Die Leute, die sich bei den Sozialen Diensten melden, sind in einer prekären Situation. Eine möglichst baldiges Erstgespräch ist notwendig.

Zudem wäre nach Möglichkeit noch zu erläutern, was unter einer «Errichtung» zu verstehen ist.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK:

Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:



Erstgespräch innerhalb eines Monats nach Errichtung ersetzen durch "Erstgespräch innerhalb zwei Wochen nach Errichtung".

Beschluss: Überweisung gemäss Antrag FGPK
(25 : 22 Stimmen)

Antrag 24

Neues Ziel:

Reibungslose Zusammenarbeit mit KESB

Dazu soll noch ein passender Indikator aufgeführt werden.

Die KESB ist eine entscheidende nicht städtische Behörde. Eine gute Zusammenarbeit ist anzustreben.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)

Beschluss: Nichtüberweisung (46 : 2 Stimmen)

Antrag 25

Folgende Indikatoren beim Ziel «Vereinbarkeit Beruf und Familie» sind zu streichen:

- Einkauf Betreuungsplätze: Tagesinstitutionen (ungewichtete Plätze)
- Einkauf Betreuungsplätze: Tagesfamilien

Dies sind keine Indikatoren, sondern ein Leistungsumfang.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)

Beschluss: Nichtüberweisung (48 : 0 Stimmen)

Antrag 26

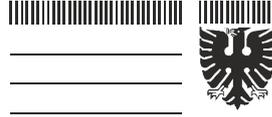
Zusätzliche Indikatoren beim Ziel «Vereinbarkeit Beruf und Familie»:

- Durchschnittliche Dauer auf Warteliste (Wartezeit) Kinderkrippe
- Durchschnittliche Dauer auf Warteliste (Wartezeit) Hort
- Anzahl Kinder auf Wartelisten

Das sind tatsächlich Indikatoren und sie zeigen inwiefern der Bedarf nach externer Kinderbetreuung in Aarau gedeckt werden kann. Unter- bzw. Überkapazitäten werden schnell ersichtlich.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)

Beschluss: Nichtüberweisung (28 : 17 Stimmen)

**Antrag 27**

Das Ziel «Bekanntheitsgrad der Jugendkoordination» ist zu streichen.

Der dazugehörige Indikator ist zu streichen:

Zugriff auf Homepage

Kein relevanter Indikator. Zudem unklar, was der Wert bedeutet und wer wirklich auf die Homepage zugreift.

Uns interessiert die Wirkung der Jugendkoordination, nicht deren Bekanntheit.

Antrag Stadtrat: Überweisung
 Antrag FGPK: Überweisung (gemäss Antrag Stadtrat)
 Beschluss: Überweisung (48 : 0 Stimmen)

Antrag 28

Anzahl Sitzungen ersetzen durch Anzahl angefragte Zielgruppen und Anzahl Projekte (U16 und Ü16)

Sitzungen sind kein Indikator.

Antrag Stadtrat:

Antrag 28 (PG 42) sei abgeändert zu überweisen: Das Wirkungs-/Leistungsziel "Koordination und Vernetzungstätigkeit im Bereich Jugend" wird mit dem Indikator "Sitzungen und Treffen mit verwaltungsinternen und -externen Partnern" ergänzt.

Antrag FGPK: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
 Beschluss: Überweisung gemäss Antrag Stadtrat
 (37 : 10 Stimmen)

Antrag 29

Anlässe in den Leistungsumfang verschieben und kommerzielle Anlässe separat ausweisen.

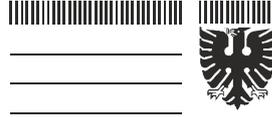
Es ist interessant zu wissen, wie viele kommerzielle Anlässe durchgeführt werden.

Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung
 Antrag FGPK:
 Dem Einwohnerrat wird empfohlen, den Antrag wie folgt zu überweisen:
 Im Leistungsumfang sind folgende Anzahl Anlässe auszuweisen:
 - Anlässe für geschlossene Gesellschaften
 - Anlässe Ü18
 Beschluss: Überweisung gemäss Antrag FGPK
 (36 : 12 Stimmen)



<p>Antrag 30</p> <p><i>Zusätzliche Indikatoren zum Ziel «Attraktive Alterswohnungen»:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Durchschnittliche Wartedauer - Anzahl Personen auf Warteliste <p>Diese Indikatoren zeigen inwiefern der Bedarf nach Alterswohnungen in Aarau gedeckt werden kann. Unter- bzw. Überkapazitäten werden schnell ersichtlich.</p> <p>Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)</p> <p>Beschluss: Nichtüberweisung (47 : 0 Stimmen)</p>
<p>Antrag 31</p> <p><i>Zusätzlicher Indikator zum Ziel «Zufriedene BewohnerInnen und Angehörige»:</i></p> <p><i>Anzahl schriftlicher Beschwerden</i></p> <p>Da die Befragungen zur Zufriedenheit nicht jährlich durchgeführt werden, ist die Anzahl der schriftlichen Beschwerden ein Näherungswert für die Zufriedenheit der BewohnerInnen und Angehörigen.</p> <p>Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)</p> <p>Beschluss: Nichtüberweisung (42 : 3 Stimmen)</p>
<p>Antrag 32</p> <p><i>Folgender Indikator ist zu streichen:</i></p> <p><i>Realisierungsgrad Investitionen (Finanzen)</i></p> <p>Wichtig ist, dass die Projekte umgesetzt werden, wenn das billiger erledigt werden kann, ist das umso besser.</p> <p>Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)</p> <p>Beschluss: Nichtüberweisung (38 : 8 Stimmen)</p>
<p>Antrag 33</p> <p><i>Anderer Indikator zu «Rasche Befahr- und Begehrbarkeit bei Schneefall»:</i></p> <p><i>Dauer bis Benutzbarkeit (Hauptstrassen 4h; Velowege 6h)</i></p> <p>Um ein Verkehrschaos bei starkem Schneefall einzudämmen, ist es wichtig, dass die Hauptachsen geräumt werden, dies gilt nicht nur für die Autos, sondern auch für die Fahrräder. Die Quartierstrassen haben nicht eine solch hohe Priorität.</p> <p>Antrag Stadtrat: Überweisung Antrag FGPK: Überweisung (gemäss Antrag Stadtrat)</p> <p>Beschluss: Überweisung (30 : 17 Stimmen)</p>

Alexander Umbricht: "Mir stinkt's." Dieses Zitat lässt sich im Zusammenhang mit Grünabfällen im Sommer nicht einer einzelnen Person zuordnen. Worum geht es bei Biogas? Bei der Vergärung



von Grüngut gehen die Nährstoffe nicht verloren. Biogas bzw. Erdgas bzw. Methan, was chemisch grösstenteils dasselbe ist, besteht aus Kohlenstoff und Wasserstoff. Stickstoff, Phosphor und weitere wichtige Düngstoffe gehen nicht verloren. So kann das Restprodukt der Vergärung auch für die Düngung, in Form von festem oder flüssigem Dünger, verwendet werden. Zudem ist die Geruchsemission bei einer Vergärungsanlage deutlich kleiner als bei einer Feldrandkompostierung. Das ist übrigens auch ein schönes Wort. Aus ökologischer Sicht verlieren die Bauern nichts. Es hat einen Nachteil: Dünger aus einer Biogasanlage hat zwar die nötigen Nährstoffe, ist aber nicht gleich gut für die Bodenstruktur. Es hat einen Vorteil: Der Schwermetalleintrag in die Böden ist mit Kompost deutlich höher als mit dem Restprodukt aus der Vergärung. Ich gebe es zu: Ökonomisch gesehen verlieren die Bauern etwas, nämlich eine Einnahmequelle. Mit der Vergärung verdient aber auch jemand Geld. Mir ist auch klar, dass bestehende Verträge mit den Bauern, falls vorhanden, einzuhalten sind. Man kann Verträge aber auch innerhalb der sicher vorgegebenen Fristen kündigen. Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Auch bei der Kompostierung entsteht Methan. Das wird erstens nicht nur energetisch nicht genutzt, was schade ist, sondern ist zweitens auch noch ein starkes Treibhausgas. Methan ist, wenn man es auf hundert Jahre hinaus betrachtet, ungefähr 28 Mal so stark als Treibhausgas wie CO₂. Wenn wir für die Vergärung sind, helfen wir mit, fossiles Erdgas aus irgendwelchen Ländern durch Biogas aus der Region, was die Migros sicher freuen würde, zu ersetzen. Wir haben den Antrag noch geändert: 100 % ist vermutlich etwas gar absolut. Mit ≥ 90 % hat die Stadt langfristig etwas Verhandlungsspielraum, wenn es einen guten Grund gibt, weshalb ein Teil nicht in die Vergärung gehen kann. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen.

Regina Jäggi, Stadträtin: Vielleicht hier noch einige Ergänzungen: Die Kompostiergruppe Nord, wie diese heisst, besteht seit dem März 1994. Die Biogasanlage gibt es erst seit 2005. Deshalb hat es natürlich sehr viel Sinn gemacht, diese Interessensgruppe seinerzeit zu gründen. Es besteht ein Zusammenarbeitsvertrag mit den Gemeinden Küttigen, Erlinsbach, Niedererlinsbach, Schönenwerd und der Stadt Aarau. Schönenwerd ist unterdessen nicht mehr dabei. Der Vertrag kann gekündigt werden. Er verlängert sich automatisch um ein Jahr, aber er kann sechs Monate vor Ablauf gekündigt werden. Ich sage das, damit man die Situation auch kennt. Wichtig ist vielleicht noch zu wissen, dass der Kanton natürlich sagt, ob ein Bauer bei der Feldrandkompostierung mitmachen kann. Mit der Kompostiergruppe werden die Bauern nicht nur finanziell unterstützt, sondern die Kompostierung von Grüngut hilft denjenigen Bauern, welche Böden mit zu wenigen Nährstoffen haben, diese auch anzureichern. Die Bauern werden in der Kompostiergruppe auch nur als Mitglieder zugelassen, wenn sie vorweisen können, dass ihre Bodenflächen nährstoffarm sind. Das legt der Kanton fest und er macht auch ganz strenge Kontrollen. Wir können also nur daraus entnehmen, wie gut es ist und wo nicht und wo wir eingreifen müssen. Wegen der Biogasanlage möchte ich Ihnen als Präsidentin der Feldrandkompostiergruppe einfach noch sagen, dass ich natürlich mit diesen Landwirten auch schon Gespräche darüber geführt habe, ob sie sich schon Gedanken bez. Biogas gemacht hätten, da dies ja wahrscheinlich eine Zukunftsaussicht sein werde. Es war so, dass auch die IBAarau AG auf mich zugekommen ist und wir einmal darüber gesprochen haben, ob eine Möglichkeit bestünde, dass die IBA eine Biogasanlage bauen würde. Das ist heute und morgen nicht gleich aktuell. Auch der nötige Platz müsste dafür zur Verfügung gestellt werden. Man hat die eine oder andere Idee dazu. Ganz sicher wäre es natürlich auch spannend, wenn man die bis jetzt beteiligten Gemeinden bzw. die Landwirte, welche bis jetzt bei der Feldrandkompostierung dabei waren oder immer noch sind, nachher dazu ermuntern könnte, ihre Grüngutabfälle in diese Biogasanlage zu geben. Das sind Zukunftspläne, welche vorhanden sind. Man ist sich der Thematik bewusst, aber ich denke, die Verträge jetzt innerhalb von sechs Monaten zu kündigen,



ist den Landwirten gegenüber nicht ganz fair, denn diese arbeiten gut. Ich muss sagen, dass wir auch dort einige Gerätschaften bzw. Maschinen haben, für welche wir auch immer wieder Geld zur Seite legen, da sie wieder neu angeschafft werden müssen, damit alles sauber funktioniert. Ich möchte Ihnen also nicht empfehlen, das so schnell aufzulösen. Aus diesem Grunde möchte ich eigentlich eher darauf warten, bis wir mit der IBA allenfalls eine Lösung haben, was aber, und das gebe ich zu, noch ein paar Jahre dauern kann. Somit möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Antrag 34

*Neuer Indikator zu «Umweltgerechte Abfallbewirtschaftung sicherstellen»:
Anteil Grünabfälle die zu Biogas vergärt werden: 100%*

Jährlich fällt in der Schweiz rund 1 Mio. Tonnen vergärbare Grüngut an. Aus dieser Menge könnten in Vergärungsanlagen über 100 Mio. m³ Biogas erzeugt werden, womit 30 Mio. Liter Heizöl ersetzt und 40 000 Haushalte mit Strom versorgt werden könnten.

Das Aarauer Grüngut soll dazu dienen, fossile Brenn- und Treibstoffe zu ersetzen. Mit den gut 2000t Grüngut, die in Aarau anfallen können immerhin 60000 Liter Heizöl ersetzt werden.

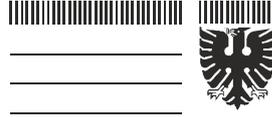
Antrag Stadtrat: Nichtüberweisung

Antrag FGPK: Nichtüberweisung (gemäss Antrag Stadtrat)

Abänderungsantrag: Neuer Indikator zu "Umweltgerechte Abfallbewirtschaftung sicherstellen": Anteil Grünabfälle, die zu Biogas vergärt werden: $\geq 90\%$

Vorabstimmung: 100 % 0 Stimmen
 $\geq 90\%$ 46 Stimmen

Beschluss: Überweisung mit $\geq 90\%$ (24 : 20 Stimmen)



Traktandum 8
GV 2014 - 2017 / 239

49. Reorganisation PRA – Zustimmung zu den neuen Satzungen

Mit Botschaft vom 21. März 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge die Satzungen des Planungsverbandes der Region Aarau, welchen die Abgeordnetenversammlung am 3. Dezember 2015 zugestimmt hat, genehmigen.*

Margrit Stüssi, Sprecherin der FGPK: Die FGPK empfiehlt die Zustimmung zu diesem Geschäft. Der Planungsverband der Region Aarau befasst sich seit seiner Gründung vor bald 60 Jahren vorab mit Aufgaben im Bereich Raumplanung, und zwar aufgrund der Vorgaben im Baugesetz. Neue Aufgaben sind dazu gekommen, z. B. im Bereich der Standortförderung, der Pflegebettenplanung usw. Dem Verband gehören insgesamt 18 Gemeinden an. Die Wahrnehmung der Regionalplanungsverbände soll als regionale Entwicklungsträger verbessert und die Gemeinden sollen denn auch entlastet und unterstützt werden. Dazu sind die Satzungen aus den Achtzigerjahren nun zu überarbeiten. So soll z.B. die bisherige Abgeordnetenversammlung mit der Einstimmigkeit aufgehoben und ein grosser Vorstand mit Vertretern aus allen Gemeinden eingesetzt werden. Am Grundsatz des Verbandes ändert sich nichts oder auf jeden Fall nicht viel, ausser insb. der Name: aus "Planungsverband Region Aarau" wird "Aarau regio". Die Verbandsgemeinden, also auch wir, können der Vorlage nur zustimmen oder diese ablehnen. Änderungsanträge sind gar nicht möglich. Dies ist so aufgrund der Verbandsbestimmungen. Die FGPK empfiehlt wie gesagt die Zustimmung.

Lelia Hunziker: Aus dem Rat liegen keine Wortmeldungen vor.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich entnehme dem Schweigen der Fraktionsvertreter/-innen natürlich noch nicht, dass es schon um das Bier geht, denn es wäre ja noch genug Zeit bis um 23 Uhr, um ein Votum abzugeben, aber ich denke, dass hier doch eine gewisse Übereinstimmung mit dem vorliegenden Vertrag vorhanden ist. Dafür möchte ich ganz herzlich danken. Was da so einfach daherkommt, war eine grosse Arbeit, welche wir im Vorstand des Planungsverbandes vorangetrieben haben. Man könnte es fast ein Gesamtkunstwerk oder zumindest Gesamtwerk nennen, weil es doch eine rechte Herausforderung war, mit 18 Gemeinden einen Nenner hinzubringen, zu welchem am Schluss alle Ja sagen können. Wir haben uns extern begleiten lassen. Dafür konnten wir in Probeläufen schon dreimal eine Einstimmigkeit bewirken. Wir sind jetzt eigentlich guter Dinge, dass alle Gemeinden an ihren Gemeindeversammlungen oder Einwohnerratssitzungen zustimmen. Buchs hat schon zugestimmt und alle anderen Gemeinden werden im Juni ihre Gemeindeversammlungen haben. Wenn alle zustimmen, was unerlässlich ist, sind wir einen grossen Schritt in der Stärkung der Region Aarau weiter, und zwar dadurch, dass wir einen stärkeren Ver-



band haben werden, in welchem alle Gemeinden in derselben Flughöhe vertreten sein werden. Wenn wir in andere Regionalplanungsverbände schauen, sehen wir, dass sich das sehr bewährt hat. So kann man sich auch professionellere Strukturen geben und dadurch unsere Region wirksamer gestalten. In diesem Sinn danke ich Ihnen noch einmal ganz herzlich.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

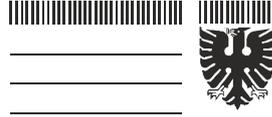
Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Satzungen des Planungsverbandes der Region Aarau, welchen die Abgeordnetenversammlung am 3. Dezember 2015 zugestimmt hat.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 9
GV 2014 - 2017 / 233

50. Kreditabrechnung Stadtbach, Sanierung Hammer

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 29. Februar 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Stadtbach, Sanierung Hammer". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 150'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 208'079.50 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 58'079.50 oder 38,72 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 26. April 2016 zur Prüfung vor.

Barbara Schönberg von Arx, Sprecherin der FGPK: Ich habe diese Rechnung zusammen mit Markus Hutmacher kontrolliert und sie hat bis ins letzte Detail gestimmt. Die Begründung für die Kreditabweichung war sehr detailliert aufgelistet, so z. B. höhere Planungskosten oder das Hochwasser, welches zu einem Baustellenunterbruch geführt hat, man musste die Baustelleninstallationen einen Monat länger stehen lassen, es gab höhere Stromkosten, das Gewölbe und der Boden waren in einem viel schlechteren Zustand, als man gemeint hat, man musste einen neuen Zugang für den Unterhalt bauen usw. All dies wurde sehr detailliert besprochen. Die FGPK möchte diese Kreditabrechnung dem Einwohnerrat zur Genehmigung empfehlen. Zwei Punkte möchten wir noch erwähnen: Wir möchten beliebt machen, dass man in Zukunft auch bei kleineren Projekten ein Kostendach für die Projektierung vereinbart und nicht einfach nach Aufwand arbeitet. Und als zweiter Punkt ist uns aufgefallen, und da gäbe es scheinbar auch andere Möglichkeiten für die Verrechnungen, dass die Stundenzahlen entsprechend der Funktion der Person verrechnet worden sind und nicht entsprechend des Bedarfs, was diese Funktion hätte können sollen. Beispielsweise hat ein hochqualifizierter Mitarbeiter zu einem hohen Stundenansatz den Anwohnern Parkplatzkarten verrechnet. In diesem Projekt hätte es auch Lehrlinge gehabt und wir finden, diese Arbeit hätte durchaus auch ein Lehrling machen können oder der Mitarbeiter zu einem niedrigeren Lohn.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Stadtbach, Sanierung Hammer".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Angelica Cavegn Leitner hat mir hier noch etwas gegeben: Am Samstag, 21. Mai 2016, findet ein Tag der offenen Tür im GOPS, der unterirdischen Asylunterkunft statt. Ich könnte jetzt längere Ausführung zu Integration von Flüchtlingen usw. machen, aber das tue ich jetzt selbstverständlich nicht. Der Tag der offenen Tür dauert von 10.00 bis 15.00 Uhr. Das GOPS ist unter dem Kantonsspital. Es wissen sicher alle, wo das ist. Das sind die unterirdischen Operationsanlagen. Ich würde euch beliebt machen, dort hineinzuschauen, denn es ist spannend, einmal zu sehen, wie diese Leute leben und wie das so funktioniert. Ich kann aber sagen, dass es am 18. Juni wieder einen Tag der offenen Tür in verschiedenen Unterkünften geben wird, und zwar im Rahmen des Flüchtlingstags. Da sage ich aber dann später noch einmal etwas dazu. Wir haben es also nun vor 23 Uhr geschafft. Ich muss sagen, ich hätte es nie gedacht, das gebe ich zu. Sie müssen aber zugeben, dass Sie auch nicht gedacht haben, dass wir vor 23 Uhr fertig werden. Somit geht die erste Runde im Rathausgarten auf mich. Wer will, kommt noch dorthin, ich würde mich freuen. Damit beende ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:

Lelia Hunziker

Der Protokollführer:

Stefan Berner